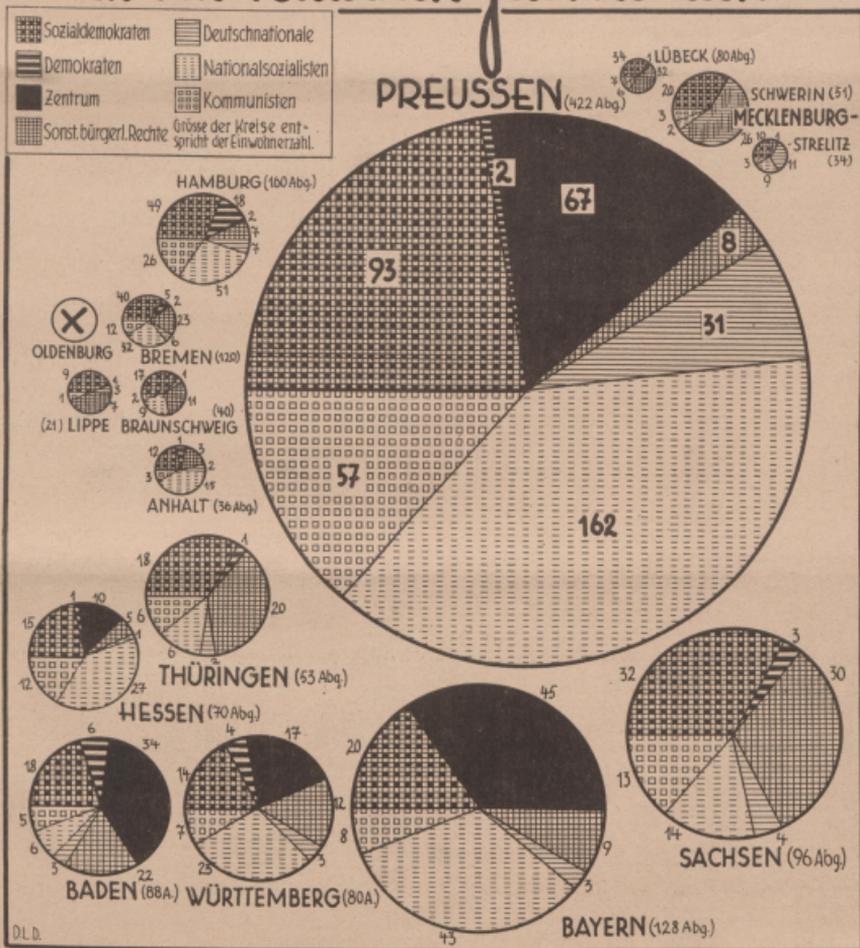


Der Heimatsdienst

Die parlamentarischen Kräfteverhältnisse in den deutschen Gliedstaaten.



Deutschland und Frankreich

Von Staatssekretär z. D. Frhr. v. Reibensleben.

Die deutsche Außenpolitik steht in diesem Frühjahr vor drei großen und schweren Aufgaben: Abrüstung, Reparationen, Wirtschaftspolitik gegenüber den Donauländern. Alle drei Probleme haben gleichzeitigen die Eigenschaft, daß sie nicht lösen, schwerlich ohne, in weitestgehendem Maße mit Frankreich gelöst werden können, daß ein wirklicher Umschwung in der Lage eintritt und eine neue Grundlage für die europäische Politik und Wirtschaft, darüber hinaus aber auch in Weltpolitik und Weltwirtschaft geschaffen wird. So richtig es ist, daß gerade die französische Politik seit 1918 Deutschland bei weitem am meisten geschadet und bei weitem am meisten zu dem traurigen Zustand beigetragen hat, in dem sich nicht nur Deutschland, sondern ein großer Teil der Welt heute befindet, so falsch ist die Behauptung, durch Abwendung von Kampf und Auseinandersetzungen mit Frankreich könne Deutschland seine Lage bessern. Mindestens ebenso falsch ist jene andere Meinung, als könne durch äußerliche Seiten und oberflächliche Anbiederungen das sekundäre Problem des deutsch-französischen Antagonismus beseitigt und überwunden werden. Richtig allein erscheint ein Kurs, der trotz aller Enttäuschungen der jüngsten Vergangenheit erneut den Versuch macht, unter selbstverständlicher Ausnutzung der tiefgreifenden Veränderungen der Weltlage seit 1919, in möglicher Anlehnung an gleichgerichtete Tendenzen in England, Italien und Amerika die deutsch-französischen Beziehungen durch enbliche Liquidation des Weltkrieges auf einen normalen Zustand zu bringen. Heute sind sie noch immer weit davon entfernt, und ohne entsprechende politische Handlungen wird sich fieberlich ein Umkreisung etwa aus Zeitablauf oder dem verfallenen Zaubertrick von Wirtschaftskommissionen und Kartellen nicht einstellen. So tief sind trotz Scornato, trotz Dörfel, trotz ernsthaftester Anstrengungen buben und dräben die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich wieder geworden, daß der erneute Versuch einer die Gesamtheit der Fragen anweisenden grundlegenden Auseinandersetzung von vornherein hoffnungslos wäre, wenn nicht auch Frankreich selbst die Wirtschaft, und Finanzkrise mehr und mehr am eigenen Hals zu fühlen und wenigstens die Gefahr der ihm dabei unermesslichen Isolierung in immerhin großräumige Nähe gerückt wäre. Mäßsam genug hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß so gegen die Weltkrise selbst die Weltwirtschaft aus den Augen verloren hat, es doch bei größerer Einigkeit und besserem Willen auf Seiten der Siegermächte und hier wiederum besonders auf Seiten Frankreichs (schon längst möglich gewesen wäre, der Welt neue Wege zum Aufbau und wirklicher praktischer Zusammenarbeit zu weisen. Genug davon! In dieser der praktischen Arbeit und Gestaltung deutscher Außenpolitik in diesem Schicksalsjahr gewidmeten Abhandlung soll der Grundgedanke der sein, daß auf den oben genannten drei Gebieten, ob die Maßnahmen zuträgen wollen oder nicht, wichtigste Entscheidungen heranzutreten, denen ganz einfach nicht auszuweichen werden kann. Wie sehen diese aus und welches sind Deutschlands Ziele?

Der bisherige Verlauf der Abrüstungskonferenz hat weiteste Kreise in Deutschland ehrlich enttäuscht. Trotz allem, was seit Jahren über die dringende Notwendigkeit einer wirklichen und praktischen Herabsetzung der Rüstungen in Tausenden und aber Tausenden von Manifestationen in der ganzen Welt gesagt und geschrieben worden war, ließ sich der erste Teil der Konferenz nicht ganz so sehr günstig als die erwarteten großen Nebenwirkungen erhalten, ein großes Maß an der in ihnen aufgestellten Forderungen angezweifelt, aber die ernsthafteste Arbeit wollte nicht vorwärts kommen. Objektiv wird man als deutscher Teilnehmer an dieser Konferenz feststellen müssen, daß sie naturlicherweise in ihren großen und kleinen Kommissionen, in ihren Vorständen, Büros und Berichtserstattungen, in ihren unendlich komplizierten inneren Tendenzen und Strömungen ein außerordentlich schwerfälliges Gebilde darstellte, das nicht so leicht in bestimmter Richtung in Gang zu bringen ist. Dies war ja dann nach der Obergerichte der Grund für den amerikanischen Vorstoß, der mit Hilfe Frankreichs und Italiens die Konferenz der Gegenüber Frankreichs und seiner eigenen Freunde schließlich zu der bestimmten Orientierung führte, die modernen Grundgesamtwaffen als eine besondere Kategorie von Waffen (Grundatz des „Desarmement qualitatif“) zu erklären und zu verdrängen, vornehmlich und zuerst in ihrem Bereich Abrüstungsmaßnahmen zu verwirklichen. Die deutsche Delegation hat sich hinsichtlich eines allgemeinen Verbotes der uns selbst verbotenen Waffen in dieser Affäre neben die angelfrischen Mächte und Italien gestellt. Sie hat die von diesen Mächten vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen ausdrücklich als in der Richtung der eigenen Vorstellungen liegend begrüßt und wird in den kommenden Unterhandlungen und Auseinandersetzungen mit allem Nachdruck die allgemeine Abschaffung dieser Deutschland verbotenen Waffen befürworten, denn ihr

Verbot erfolgte in Versailles ausdrücklich mit der Begründung, daß hierdurch ein fünfjähriger „Angriff“ Deutschlands unmöglich gemacht werden sollte. Frankreichs Chefs läuft in ganz anderer Richtung. Es will und kann sich der allgemeinen Strömung nach Sonderbehandlung Frankreichs der Abrüstungsfragen zu Gunsten, zu Ungunsten in der Luft nicht länger entziehen, aber mit größtem Ernst verteidigt es die These, diese Waffen nicht abzuschaffen, sondern sie (unter Befehlzung auf nationalen Boden) dem Dörfelbündel entweder direkt oder mittels der Schaffung einer internationalen Armee zur Verfügung zu stellen. Schon die ersten Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß es unter den Großmächten mit diesem Vorstoß allein nicht und daß auch eine Mehrheit mittlerer und kleiner Staaten dem Vorstoß ganz oder größtenteils ablehnend gegenübertritt. Hierzu kommt der zweite Teil der deutschen Abrüstungs-forderung, die Gleichberechtigung im Gegensatz zu England, Amerika und Italien — um nur Großmächte zu nennen — lehnt die französische Politik bisher auch diesen deutschen Anspruch ab und ist somit in Verweigerung von Abrüstung und Zulassung Deutschlands zur Zeichnung einer für alle gültigen Abrüstungskonvention nach gleichem Typ und gleichen Methoden der Waffen unter Fortfall des Teiles V des T-raffier-Vertrages so recht der eigentliche Gegenpoler Deutschlands in Genf.

Nicht viel anders steht es um den deutsch-französischen Gegensatz im herabenden Reparationsproblem. Schon hat der englische Schatzkanzler es für richtig gehalten, in das kürzlich vorgelegte Budget mehr deutsche Reparationszahlungen noch Schuldensahlungen des Englans an die Dreizehntiger Staaten mehr einzufügen. Formell soll vor irgendwelcher Einigung von Ziffern die Entscheidung der Mitte Juni zusammen tretenden Kaufmännischer Konferenz abgewartet werden, praktisch rechnet England nicht mehr mit deutschen Zahlungen und bereitet die amerikanische Öffentlichkeit auf Einstellung der interalliierten Schuldzahlung vor. Gleichzeitig legen sich im französischen Wahlkampf führende Männer erneut darauf fest, daß Frankreich zwar wegen der selbstverschuldeten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands für eine gewisse Zeit auf Reparationszahlungen verzichten müsse, daß es aber im Falle seiner eigenen gerechten Ansprüche ebengültig aufzugeben genötigt sei. Zur anderen Seite steht die Feststellung einer his nahe an den Katastrophenrand vorgetriebenen Finanzgerüttel des Deutschen Reiches und die Tatsache, daß die Vorbedingung zur Überwindung der deutschen inneren Finanz- und Wirtschaftskrise die völlige Lösung von der unerträglichen Hypothek fünfjähriger Reparationszahlungen ist. Eine zunehmende Unruhe hat die internationale Politik darüber ergriffen, wie dieser große Gegensatz in wenigen Wochen auf einer neuen internationalen Konferenz überbrückt werden soll. Schon ist die Presse voll von Gerüchten über neue „Anläufe“, die „Mächte“ der Welt zu kaufen in den Gesprächen der Staatsmänner erörtert werden. Wie dem auch sei — sicher ist, daß Deutschland nach wie vor nicht auf nutzlose Moratorien irgendwelcher Art, sondern auf eine endgültige Lösung hinarbeitet, die das Reparationsproblem als solches verschwinden läßt. Ein großer weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Zusammenhang macht sich hier geltend: Immer deutlicher werden trotz der bekannten vorsichtigen Zurückhaltung der offiziellen amerikanischen Politik die Äußerungen, daß Amerika, seinerseits in schwerer eigener Finanzkrise, das Aufgaben seiner Forderungen an Europa nun dann erfüllen erwägen würde, wenn vorher durch praktische Abklärung und Einigung durch politische und wirtschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit in Europa eine Lage geschaffen wird, die Amerika den Vorzicht lohnend genug erscheinen läßt. So spielt also das Abrüstungsproblem deutlich in das Reparations- und Schuldenproblem hinein.

Die dritte Aufgabe, die wirtschaftliche Rettung der Donauländer, ist durch einen raschen und taktisch wenig überlegten Vorstoß Carduiss zunächst auf einen schiefen Weg gekommen, und der erste Versuch einer Konferenzlösung ist gescheitert. Er wird und muß wiederholt werden. Mehrere dieser Länder stehen vor dem völligen inneren Zusammenbruch, und es ist bei einigen mehr als zweifelhaft, ob es noch aufzuhalten werden kann. Dieser Zustand trägt auch hierfür ein großes Stück der Verantwortung. Solchen politischen Motiven entzungenen finanzielles Engagement geht nach mehreren Milliarden Mark und dasjenige Englands ist nicht viel geringer. Neue Kredite würden die Lage nur für kurze Zeit aufhalten, aber sie würden ohne Änderungen in der Wirtschaftspolitik nur bedeuten, daß man gutes Geld dem schlechten nachwerfen würde. So ziemlich die ganze Welt außerhalb Frankreichs, soweit sie sich für diese Probleme interessiert, ist darüber einig, daß ohne freiwillige und gutwillige Mitarbeit Deutschlands und Italiens keine grundlegende Wendung zur Besserung eintreten kann, ebenso wenig darüber, daß diese Wendung nicht durch unmögliche Druck und in mühsam um seine eigene Existenz ringenden Deutschlands und in un-

gerechtfertigter politischer Bevorzugung der tschechoslowakischen Industrie erzielt werden kann. Auch hier unterscheidet sich bisher die deutsche Lage ganz wesentlich von der französischen. Warum? Weil Frankreich nicht zulassen will, daß Deutschland aus geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Gründen seine Stellung im Südosten Europas so ausbaut, wie dies dem natürlichen Lauf der Dinge, ähnlich wie vor dem Weltkrieg, entsprechen würde.

Gemäß gibt es um diese grundsätzlichen deutsch-französischen Differenzen herum noch manches andere, was man zur Beurteilung der augenblicklichen Lage anführen mußte. Aber der deutsch-französische Gegensatz ist das Kernproblem, auch ohne daß er in betriebl. Aiden und Gegenreden bisher öffentlich zum Austrag gebracht worden ist. Daß es weltpolitisch um große und entscheidende Dinge geht, zeigt die Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, die Reise des immer noch lebenden englischen Ministerpräsidenten aus all das viele Hin und Her, das Namen und die Gerüchte über laufende Ministergesprächen dieser Lage. Die Probleme weiten und dehnen sich. Noch immer schwebt der ohlaktische Konflikt. Japan ist trotz stimmungsmäßiger Verurteilung seiner Aktion ein wichtiger Faktor in der weltpolitischen Kalkulation. Amerika denkt an die offene Ähr in China, an den Pazifischen Ozean, an Ausland. Ausland wiederum sucht in Sorge vor dem neuermachten japanischen Nationalismus Anshluß an die Vereinigten Staaten. Das englische Weltreich seinerseits sucht seine Stellung zu halten und nach frohloher Überwindung innerer Schwächen möglichen Einfluß auf den Gesamttablauf der Dinge zu nehmen. Woher will in diesen entscheidungsreichen Zeiten auch nur all die verschiedenen Gerüchte und Tendenzäußerungen aufzählen, die in buntem Wechsel fast jeden Tag erscheinen! Aber was auch immer kommen möge: Frankreich ist und bleibt der nicht zu übergehende Faktor eines fast gerüttelten, fonsollberten und an seiner Größe hängenden Staates, der impande ist, sein Gewicht in jede Waagschale zu werfen, die ihm richtig scheint. Noch hat es weiterhin die Entscheidung über den Gang des ersten weltpolitischen Spiels in der Hand. Noch sind die Anzeichen seiner Isolierung, noch von denen vorüber die Rede war, keine sich auswirkende Realität. Noch hat es die Möglichkeit, in seiner Neutralität den Dingen recht weitgehend den von ihm gewollten Stempel aufzudrücken.

Während diese großen Entscheidungen herantreiben, haben wir in Deutschland unserer Wahlen gehabt und sieht das französische Volk im regelmäßigen Genuß der Neuwahl der Kammer. Erst am 8. Mai wird ihre Zusammenkunft endgültig bekannt sein, und ein oder zwei Wochen später wird eine neue Neuerung an der Spitze der französischen Gefährde sehen. Weitgehend wird in dem internationalen Milieu von Genf auf diese Zusammenhänge Rücksicht genommen. Es sieht juelst auf dem Spiel, als daß nicht trotz gewissen enttäuschenden Symptomen in den Dörksprechungen von wichtigen Großmächten die Hoffnung gesetzt würde, es könne sich der französische Faktor und der französische Wille zur Befähigung der Dinge nach Überwindung der jetzigen Unsicherheit doch noch in der Richtung auf Fortschritt und Zusammenarbeit auswirken. Wir werden uns in Deutschland also auch unerfereits auf diese Tendenzen einstellen und auch das absichtliche fernbleiben Carduiss von entscheidenden Genfer Verhandlungen entsprechend deuten müssen. Prozedieren ist möglich, zum mindesten recht schwierig. Aber soviel läßt sich doch wohl sagen, daß es diesmal anders als früher, kein unbefriedigendes Kompromiß oder eine Entlösung geben kann. Wie die Dinge stehen, wäre es in der Tat für Deutschland besser, keine Lösung, d. h. lieber einen Zustichzustand im Rüstungsproblem und einen praktisch vertrauensvollen Zustand hinsichtlich der Reparationen zu haben, als nochmals Verträge zu unterschreiben, die nicht zu halten sind. Noch gibt es aber in Deutschland trotz der Wirnis unserer Zeit eine große Mehrheit, die gewillt ist, über einen Frieden in Ehren als Mindestmaß nationaler Unabhängigkeit und Aufstiegsmöglichkeit mit Frankreich erneut zu verhandeln. Er muß in wichtigen Teilen des Derfallter Vertrages das Alte, Unmögliche, Demütigende fallen lassen und neuer Entwicklung auf neuer Grundlauge Raum geben. Noch müssen und können wir, gemeinsam mit anderen Großmächten, darum kämpfen, daß in diesem Frühjahr, in dem nach einem kirchlichen Wort des Reichsfinanziers Erläuterung deutsche Schiffsaltprobleme wie in einem Kammerationspunkt zusammenlaufen, die französische Politik zur Erkenntnis kommt, daß es in Frankreichs Interesse selber liegt, den Kurs zu wechseln!

Deutschlands Bezugs- und Absatzländer 1931

Von Prof. Dr. Kürbs

Der deutsche Außenhandel weist im Jahre 1931 einen Ausfuhrüberschuß in einer bisher noch nie dagewesenen Höhe auf: die Ausfuhr hat in diesem Jahre um etwa 2,9 Milliarden RM. über die Einfuhr gelegen. Der Ausfuhrüberschuß betrug im Vergleich mit dem erstenmal 1926 wieder im deutschen Außenhandel eine aktive Handelsbilanz erzielt wurde (Ausfuhrüberschuß 413 Millionen RM.), daß dann 1927 und 1928 wiederum hohe Einfuhrüberschüsse (5,4 bzw. 2 Milliarden RM.) aufwiesen und 1929 (56 Millionen RM. Aktivaabob) den Umschwung von der passiven zur aktiven Handelsbilanz brachte. 1930 wurde dann ein Ausfuhrüberschuß in der beachtlichen Höhe von 1,8 Milliarden RM. erzielt, und in Betrachtjahr konnte nach einer beispiellosen Exportanforderung obengenannter Refordüberschuß herausgeholt werden. Diese Leistung ist um so mehr zu würdigen, als infolge der Weltwirtschaftskrise höchst ungünstige Voraussetzungen gegeben waren: Der Weltmarkt weist in diesem Krisenjahr eine starke Schrumpfung auf.

Der deutsche Außenhandel hat sich in seinem Volumen ebenfalls nicht auf der bisherigen Höhe halten können. 1929 war der höchste Umsatz mit 27 Milliarden RM. erreicht. 1930 ergab sich für Ein- und Ausfuhr zusammen ein Betrag von 22,4 Milliarden und 1931 nur noch ein solcher von 16,5 Milliarden RM. Was sich in diesem Zahlenrückgang spiegelt, ist aber nicht allein Umfangverminderung, sondern zum beträchtlichen Teil Preiszurück.

Rückgang der Preise ist sogar an der Umwärtsbewegung härter beteiligt, als der Rückgang der Mengen. Selbstwille ist auch, daß die Einfuhr härter als die Ausfuhr betroffen ist. Ergibt sich bei der Einfuhr 1931 nominal gegen 1929 ein Rückgang auf etwa die Hälfte, so betragt der tatsächliche Rückgang, der Mengenschwund, nur etwa 22 p. H. Bei der Ausfuhr ist die Derrnbeziehung noch geringer, sie ist mit 12 p. H. anzunehmen (1929 = 100 gesetzt).

Angeführt der Schwere der Depression ist der erzielte deutsche Export eine beachtliche Leistung. Die Weltwirtschaftskrise laßt auf allen Sändern der Welt und hat eine nicht zu unterschätzende Boomerangwirkung der Kaufkraft gezeigt. Hinzu kommt, daß allenthalben der Protektionismus wieder aufzuleben ist. Dörbel ist die Periode der internationalen Bemühungen, den Weltmarkt zu erleichtern. Diese wurde durch das auf der Weltwirtschaftskonferenz abgeschlossene Internationale Abkommen vom 8. November 1927 eingeleitet, in dem eine befristete Verbot- und Beschränkungen für die Ein- und Ausfuhr abschaffen wollte. Der Höhepunkt dieser Epoche markiert die mit so großen Hoffnungen im Frühjahr 1930 abgehaltene Zollfriedenskonferenz, die leider fehlschlug und nur einen einjährigen Waffenstillstand brachte. Nach Ablauf dieser Atempause mußte dann im Frühjahr 1931 die Genfer Wirtschaftskonferenz die schließliche treffen, daß die Bemühungen zu keinem Ergebnis geführt hätten. Da selber die Krise sich immer mehr verschärfte, hat, ist es

Deutschlands Kunden und Lieferanten



nicht verwunderlich, daß die Zahl der Staaten, die immer neue Hemmnisse der Einfuhr fremder Waren entgegenstellen, wächst. Und so ist die Ausbreitung der deutschen Warenausfuhr oder auch nur ihre Behauptung im wesentlichen von vier Gefahrenpunkten bedroht, die sich allerdings nicht alle ursprünglich gegen die Wareneinfuhr richteten. Selber aber wirkten in dieser Richtung auch Maßnahmen oder Ereignisse, die zunächst anderen Beweggründen entspringen oder andere Ursachen hatten. Hierzu rechnen das Abweichen vom Goldstandard in Großbritannien und einigen nordischen Staaten, die Einführung einer Devisenbeschränkung in anderen Staaten. Unmittelbar gegen die Einfuhr ausländischer Waren richteten sich dagegen die direkten Zollerböhrungen in einer ganzen Reihe von Ländern, die für die deutsche Ausfuhr von Bedeutung sind, ferner die nicht mehr seltenen Einfuhrverbote oder doch Einfuhrkontingentierungen für wichtige Exportwaren, wie die beispielsweise Frankreich und Belgien (so für Kohlen) handhaben oder doch beabsichtigen.

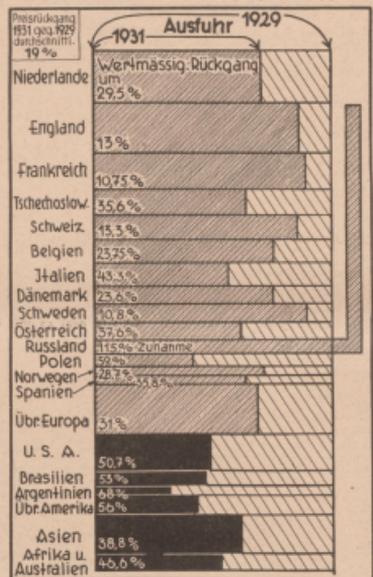
Eine solch schwierige Situation erfordert erhöhte handelspolitische Aktivität. Es ist ohne Zweifel, daß die deutsche Handelspolitik die kritische Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, und es ist zu hoffen, daß sie die der jeweiligen Lage adäquate Lösung finden wird. Generalsatzweise ist es bisher gelungen, durch Abschluß von Handelsverträgen mit den meisten wichtigen Ländern auf Grund der Meißbegünstigung die Voraussetzung für Exportmöglichkeiten zu schaffen; nur so erklärt sich, daß sich der Export so verhältnismäßig gut behauptet hat. Das Einfügen des Präferenzsystems in einige Handelsverträge (Rumänien, Ungarn) und der Anfang März 1932 beschlossene „Obersatz“, d. h. eines Generaltarifs, hauptsächlich als Kompensationsmittel für Derhandlungen gedacht, beweisen, daß die deutsche handelspolitische Leistung sich auch veränderten Situationen anzupassen vermag.

Der deutsche Außenhandel nach Wirtschaftsgebieten.

Wirtschaftsgebiete	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr		Ausfuhr	
	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930
	in Millionen Reichsmark				in v. H. d. einw. Warenverkehrs			
Europa insgef.	3764	5825	7778	9377	56,0	56,0	81,0	77,9
darunter:								
Westeuropa	1130	1647	2589	3157	16,9	15,8	26,9	26,2
Norduropa	406	711	963	1187	6,0	6,9	10,1	9,9
Niederlande	384	561	995	1206	5,7	5,4	10,0	10,0
Osturopa	565	943	1153	1059	8,4	9,1	12,0	8,8
Südeuropa	604	862	1087	1379	9,0	8,3	11,0	11,4
Südeuropa	674	1101	1053	1395	10,0	10,6	11,0	11,6
Aufereuropa	2964	4568	1821	2659	44,0	44,0	19,0	22,1
darunter:								
Amerika	1602	2544	955	1512	23,8	24,5	9,9	12,6
Asien	833	1217	640	804	12,4	11,7	6,7	6,7
Afrika	345	528	184	268	5,1	5,1	1,9	2,2
Australien	145	234	86	65	2,2	2,3	0,4	0,5
Nicht ermittelt	39	45	6	10	0,5	0,4	0,1	0,1
Insgesamt:	6727	10893	9599	12036	100	100	100	100

Wie aus der vorstehenden Übersicht zu ersehen ist, hat sich im Berichtsjahr der Anteil Europas bei der Einfuhr auf derselben beachtlichen Höhe gehalten wie im Vorjahr: 56 v. H., aber in Deutschland eingeführten Waren stammen aus europäischen Staaten. Bei der Ausfuhr hat sich der Anteil Europas wiederum gehoben, so daß nunmehr mehr als vier Fünftel aller ausgeführten Waren nach europäischen Ländern gegangen sind. Demzufolge ist die Bedeu-

Die Veränderungen in der deutschen Ausfuhr



tung Aufereuropas für den deutschen Außenhandel weiter zurückgegangen. Bei der Einfuhr ist bei Amerika ein weiteres Abfluten festzustellen, was gegenüber dem Anteil Asiens. Von größerer Bedeutung ist jedoch die Veränderung bei der Ausfuhr. Amerika, das normalerweise etwa 15 v. H. der deutschen Ausfuhr aufnimmt, hat 1931 an der deutschen Ausfuhr nur noch einen Anteil von 10 v. H. Auch die Anteile von Asien, Afrika und Australien zeigen starke Abwärtsbewegung.

Im ersten Halbjahr 1931 hat die Einfuhr 3,7 Milliarden RM., im 2. Halbjahr 2,9 Milliarden RM. betragen. Sie ist also in der zweiten Hälfte des Jahres noch weiter abgenommen. Von dem Einfuhrrückgang von insgesamt 3,1 Milliarden RM. gegenüber dem Vorjahr entfällt der größere Teil, nämlich 2 Milliarden RM., auf den Preisrückgang der eingeführten Waren und nur 1,6 Milliarden RM. auf tatsächlichen Mengenrückgang. Auf die einzelnen Warengruppen verteilt sich die Verminderung wie folgt: 1,4 Milliarden RM. auf Lebens- und Genussmittel (darunter Getreidemittel 215 Mill. RM., Obstfrüchte 210 Mill. RM., Molkereierzeugnisse 188 Mill. RM., Brotgetreide 129 Mill. RM., Rohstoffe sowie Kaffee, Tee, Kakao mit je 100 Mill. RM.), ferner Rohmetalle 464 Mill. RM., Erze und Metalle 538 Mill. RM., Holz 218 Mill. RM., Mineralöle 146 Mill. RM., Häute, Fell, Federn sowie Garne mit je 126 Mill. RM., Wolle am stärksten fällt der Ausfall bei Holz, Rohmetallen und Brotgetreide ins Gewicht, er macht hier mehr als 50 v. H. aus, sowie bei Erzen und Metallen, wo er 40 v. H. ausmacht. Da auch in diesem Jahr die Einfuhr von Kaffee, Tee, Kakao beträchtlich zurückgegangen ist, darf man wohl auf eine weitgehende Verbrauchsbeschränkung schließen.

An dem Einfuhrrückgang ist Aufereuropa proportional ebenso stark wie Europa beteiligt, absolut ist Europa mit einem höheren Betrag ausgefallen: der Länderbezug aus europäischen Staaten beträgt 2 Milliarden RM., bei Aufereuropa 1,6 Milliarden RM. Am stärksten ist die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten zurückgegangen, um 216 Mill. RM. In erheblich geringeren Mengen wurden von dort Baumwolle, Mineralöle, Kupfer und Holz eingeführt, während die Obstfrüchte leichte Zunahme aufwies. Besonders große Einbuße hat auch die Einfuhr aus dem französischen Großgebiet erlitten (229 Mill. RM.). Hier verteilt sich der Rückgang hauptsächlich auf Getreidewaren, Erze und Metalle und Obst. Den nächsthöchsten Rückgang weist die Einfuhr aus Argentinien (194 Mill. RM.) auf; hiervon sind hauptsächlich Getreide, Wolle, Häute und Felle betroffen. Auch der Bezug aus Großbritannien zeigt leichte Einbuße (um 186 Mill. RM., davon insbesondere Garne und Gewebe). Die Einfuhr aus den Niederlanden ist um 177 Mill. RM. gesunken. Es folgen dann nach der Höhe des Rückgangs Brit. Indien, Schweden, Rumänien, Sowjetunion, Polen-Danzig und mit mehr oder weniger großen Beträgen sämtliche Staaten.

Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Abwärtsbewegung um 2,5 Milliarden RM., wovon auf den Preisrückgang 1,4 Milliarden RM. und auf den Mengenrückgang nicht viel mehr als 1 Milliarden RM. entfallen. Die Ausfuhr hat aus der Vorratsbindung derjenigen Länder, die ihre Zolltarife heraufgehoben haben, in den letzten Monaten eine gewisse fünfstufige Belastung erfahren. Die Abwärtsbewegung verteilt sich auf die meisten Positionen, nur selten sind betroffen Eisenwaren (Rückgang um 515 Mill. RM.), Textilwaren (257 Mill. RM.), Maschinen (217 Mill. RM.), chemische Rohstoffe und Erzeugnisse (218 Mill. RM.), Nahrungsmittel (187 Mill. RM.), Kohlen und Koks (154 Mill. RM.), Waren aus unedlen Metallen (109 Mill. RM.). Den relativ größten Rückgang weisen folgende Waren auf: Musikinstrumente, Uhren, Erzeugnisse der Feinmechanik (um 50 v. H.), Erze und Metalle (sowie Rohmetalle um je 29 v. H.), Nahrungsmittel (28 v. H.), Häute und Felle (27 v. H.) und Pelzwaren (25 v. H.).

Wie bereits gesagt, ist an dem Ausfuhrübergang relativ Außer-
Europa härter als Europa beteiligt. In der Reihe der Abnehmer
hat das französische Goldgebiet die erste Stelle an Groß-
britannien wieder abtreten müssen, nimmt aber noch die
zweite Stelle, knapp vor den Niederlanden, ein, die an die
dritte Stelle getreten sind. Zum viertgrößten Abnehmer hat sich die
Sowjetunion entwickelt, d. h. der gesamten deutschen Ausfuhr
find nach dort gegangen. Damit hat diese wieder in etwa den
Anteil erreicht, den das Vorkriegsrußland einnahm: 1915 wurden
6,7 v. H. der deutschen Ausfuhr nach Rußland (ausgeschlossen Finn-
land) abgefahrt. Allerdings weist der heutige Export nach der
Sowjetunion eine grundverschiedene Zusammensetzung gegenüber
dem Vorkriegsexport nach Rußland auf: heute handelt es sich vor-
zugsweise um Einrichtungsmaterial für industrielle Anlagen und
Kraftwerke, Maschinen, insbesondere auch Werkzeugmaschinen,
ferner Metalle und Erze aller Art, vorzugsweise Stahl und Eisen,
sowie Produktionsmittel, während vor dem Krieg in erster Linie
Verbrauchs- und Luxuswaren nach Rußland gingen. Die Höhe des

zweijährigen Exports zeigt einwandvoll die Intensität der In-
dustrialisierung Rußlands; es ist bekannt, daß der Export in dieser
Höhe erst durch den Ausbau der Reichs- und Ländergarantien für
Rußlandgeschäfte ermöglicht worden ist.

Gruppirt man die Staaten nach Wirtschaftsgruppen, so zeigt
sich, daß innerhalb Europas Westeuropa bei weitem wieder
der wichtigste Abnehmer Deutschlands ist; mehr als ein Drittel des
gesamten deutschen Exportes richtet sich nach diesen Ländern. An
die zweite Stelle aber ist in diesem Jahre Osteuropa getreten,
das 12 v. H. der deutschen Ausfuhr aufgenommen hat. Es folgen
mit gleichen Anteilen (11 v. H.) Süd- und Ost- und Südost-
europa, sodann — wiederum annähernd mit gleichen Anteilen
(10 v. H.) — Nordeuropa und die Niederlande. Der ganze ameri-
kanische Kontinent folgt erst dann mit einem etwas kleineren Anteil als die Niederlande oder Nord- und Ost-
europa. In weitem Abstand ist dann Asien der zweitwichtigste, außer-
europäische Abnehmer, in weiten Abständen gefolgt von Afrika
und Australien.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Südosteuropas zu Deutschland

Von Dr. Walter Hoffmann, o. Professor an der Sächs. Bergakademie Freiberg

Wenn man die deutsche Handelsbilanz auf die wirtschaftlichen
Beziehungen Deutschlands zu den Südoststaaten hin untersucht, so
wird man leicht geneigt sein, diese zu unterschätzen. Denn nur be-
schreiben ist der Procentsatz, mit dem die Königreiche Bulgarien,
Jugoslawien und Rumänien an dem Aufwandsband Deutschlands be-
teiligt sind. Für die Jahre 1925—1930 ergibt sich für den reinen
Warenverkehr folgendes Bild in Millionen Mark:

	1925		1926		1927		1928		1929		1930	
	E ¹⁾	A ²⁾	E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
Bulgarien...	40	49	35	29	50	31	51	56	51	45	59	25
Jugoslawien...	83	113	81	156	72	116	66	117	61	152	75	172
Rumänien...	95	117	54	135	243	162	188	173	211	164	237	37

Südosteuropa insgesamt:	216	279	270	500	365	509	505	526	323	361	371	532
----------------------------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Gesamtbandel Deutschlands in Milliarden Mark:	12,4	9,3	0,0	0,4	4,2	0,8	1,4	1,0	1,5	1,3	0,4	1,0
--	------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Anteil Südost- europas am deutschen Gesamt- handelsbandel in %:	1,9	2,4	2,6	2,9	2,6	2,9	2,2	2,7	2,4	2,7	3,6	2,7
---	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Wir sehen also, daß Südosteuropa im Jahre 1925 mit 1,9 v. H.,
1930 mit 3,6 v. H. am Werte der deutschen Einfuhr beteiligt war,
während der Anteil Südosteuropas an der deutschen Ausfuhr
2,9 v. H. des Wertes der Gesamtausfuhr nie überschritten hat.

Die deutsche Einfuhr aus Südosteuropa bezieht zum weitaus
größten Teil aus Lebensmitteln, Vieh oder Rohstoffen. Es betrug
nun die deutsche Gesamteinfuhr an lebendem Vieh und Lebens-
mitteln 1929: 3,97, 1930: 5,09 Milliarden RM. Daran waren
beteiligt Rumänien mit 159 (1929) bzw. 167 (1930) Millionen, oder
mit 5,5 bzw. 5,4 v. H., Jugoslawien mit 21 (1929) bzw. 37 (1930)
Millionen oder mit 0,5 bzw. 1,2 v. H., Bulgarien mit 22 (1929) bzw.
29 (1930) Millionen oder mit 0,5 bzw. 0,9 v. H. Der Anteil der
drei Königreiche insgesamt liegt also von 4,5 v. H. auf 7,5 v. H.
des Wertes der deutschen Gesamteinfuhr an lebenden Tieren und
Lebensmitteln. Das ist um so beachtlicher, weil fast alle übrigen
Kontinente (mit Ausnahme von Norwegen, Island, Ferkland, Litauen,
Spanien und Österreich) einen 3- bis 4-fachen Einfuhranteil in
dieser Warengruppe aufzuweisen hatten. So ist 3- bis 4-fach der außer-
europäische Import in dieser Gruppe von 47,5 v. H. auf 39 v. H.
zurückgegangen. Was weiter die deutsche Einfuhr an Rohstoffen
betrifft, so ist in der Gesamteinfuhr ein noch härterer Rückgang,
von 7,2 auf 5,5 Milliarden, festzustellen. Trotzdem konnte die süd-
osteuropäische Einfuhr sich 1930 fast auf der Höhe von 1929 be-
halten, so daß der wertmäßige Anteil sich von 1,8 v. H. auf
2,4 v. H. erhöhte. Es ergibt sich somit die Tatsache, daß die drei
Länder in den letzten Jahren an der Versorgung Deutschlands in sehr
erheblichem Umfang beteiligt waren und ihr Anteil am Werte
der deutschen Gesamteinfuhr von Rohstoffen von 1929 bis 1930 um

55 v. H. bzw. bei Lebensmitteln usw. sogar um 66 v. H. steigen
konnte.

Anders sieht es mit der deutschen Ausfuhr nach Südosteuropa.
Sie ist von 1925 bis 1930 nur um 24 v. H. gefallen, relativ an
der gesamten deutschen Ausfuhr gemessen von 2,8 v. H. auf 2,7 v. H.
zurückgegangen. Lediglich der Export nach Jugoslawien zeigt eine
härter fallende Tendenz, während Bulgarien 1930 gegenüber 1929
einen Rückgang von 80 v. H. und Rumänien einen solchen in
geringerer Höhe aufzuweisen hatte. Deutschlands bester Kunde von
den drei Ländern ist somit Jugoslawien geworden¹⁾, während es bis
dahin Rumänien war. Der größte Lieferant für Rumänien, hinter
dem in sehr großem Abstand Jugoslawien und fast mit derselben
Summe Bulgarien folgte.

Eine wesentlich andere Stellung nimmt Deutschland in der
Handelspolitik der südosteuropäischen Länder selbst ein. Hier spielt
es allenthalben eine maßgebende, ja fast durchweg die führende Rolle.
Im Außenhandel Bulgariens steht es in Ein- und Ausfuhr an
erster Stelle. Deutschland ist mit 25,21 v. H. am Import und mit
26,18 v. H. am Export beteiligt. Im Import folgt 1930 Italien
mit 15,98 v. H. an zweiter Stelle, die Tschechoslowakei mit 9,57 v. H.
an dritter Stelle. Von Bedeutung sind nach Frankreich mit
9,9 v. H. England mit 8,19 v. H. Unter den wichtigsten
Ausfuhrpartnern nimmt der Balkan den ersten Platz ein. Einer der
besten Käufer ist Deutschland; weiter kommen Polen, Tschecho-
slowakei, Österreich, Italien und Ungarn als Abnehmer in
Frage. Ein wertvoller Exportartikel Bulgariens ist weites Mais,
dessen Ausfuhr vor allem von Deutschland, Österreich, Griechen-
land und Italien aufgenommen wird. Stark gewachsen ist die Ausfuhr
von Eisen; 1911 betrug ihr Anteil an dem Gesamtexport
7 v. H., 1930: 18 v. H. Den größten Teil nimmt Deutschland ab,
dessen zweiter Lieferant Bulgarien nach Holland heute geworden ist.
Die Ausfuhr von Rohstoffen macht noch etwa 5 v. H. des Gesamt-
wertes der Ausfuhr aus; zum überwiegenden Teil geht sie nach
Frankreich. Früchte und Gemüse aus Bulgarien finden in immer
zunehmendem Maße ihren Markt in Deutschland. In der Einfuhr
sind Getreide, Metalle und Erzeugnisse der Metallindustrie,
Maschinen, Instrumente, Apparate, Öl, Leder, Fahrzeug- und
chemische Produkte die wichtigsten Handelsartikel. Metalle und Er-
zeugnisse der Metallindustrie sowie Maschinen usw. liefern vor
allem Deutschland, die Tschechoslowakei, Amerika und Österreich.
Getreide kommen von Italien, England, Tschechoslowakei, Deutsch-
land und Frankreich. Als Einfuhrländer für chemische Produkte
sind England, Deutschland und Belgien zu nennen.

Der Hauptartikel der jugoslawischen Ausfuhr ist Holz; mehr
als den fünften Teil des Wertes und fast die Hälfte der Menge
der Ausfuhr macht sein Anteil aus. Die wichtigsten Bezugsländer
sind die Mittelmeerländer; mehr als ein Drittel des Holzportales
geht nach Italien, weiter spielen für den Export nach Italien Eier,
Rindvieh, Mais, Geflügel und Gemüse eine wichtige Rolle. Italien
ist heute der beste Kunde Jugoslawiens, sein Anteil am jugo-
slawischen Export beträgt mehr als ein Viertel des Wertes der Gesamtausfuhr.
Eine bedeutende Menge nimmt auch Österreich mit
17,7 v. H. ab. Dann folgt Deutschland mit 11,7 v. H. Maßgebend
— mit 75 v. H. — ist Deutschland an der Kupferausfuhr
Jugoslawiens beteiligt. Weiter nimmt Deutschland Eisen, Früchte
und Geflügel auf. Weistellen ist der Anteil des führenden Import-
landes, der Tschechoslowakei, die mit 8,2 v. H. an der Ausfuhr,
aber mit 17,6 v. H. an der Einfuhr beteiligt ist. Der könenanteil
seines Importes nach Jugoslawien entfällt auf Getreide und Holz.

¹⁾ In beiden ist, bei der Steigerung mit auf Reparationsleistungen zurückzuführen ist. Die Beträge für Jugoslawien 1928: 29,7, 1929: 58,1, 1930: 60,2
Millionen Mark, für Rumänien 1929: 10,6, 1929: 20,6, 1930: 4,7 Millionen Mark.

¹⁾ E = Einfuhr, A = Ausfuhr.

Weiter sind Schuch, Feder, Papier, Glas, Porzellan von Bedeutung. Deutschland, das sich im zweiten Platz mit 17,35 v. H. erobert hat, führt Maschinen, Instrumente, Textilien, Farben und Kohle sowie Eisen und Eisenwaren ein. Österreichs Einfuhr mit 16,82 v. H. erstreckt sich vor allem auf Textilien, Eisen und Eisenwaren, Maschinen und Papier. Italiens Anteil beläuft sich auf 11,2 v. H. Frankreich und England spielen in der jugoslawischen Handelsbilanz nur eine bescheidene Rolle.

In der europäischen Handelsbilanz steht Deutschland im Import und Export wiederum an der führenden Stelle mit 24,5 v. H. der Einfuhr und fast ein Fünftel der Ausfuhr teilen auf seinen Anteil. Weitere größere Kunden Rumäniens sind Italien, England, Österreich und Ungarn. Die Tschechoslowakei und Frankreich begünstigen sich mit 7 v. H. bzw. 6,9 v. H. In der Einfuhr folgt dagegen die Tschechoslowakei hinter Deutschland mit 14,6 v. H. an zweiter Stelle. Österreich hat 11,6 v. H., England 8,1 v. H., Frankreich 7,4 v. H. Anteil. Die wichtigsten Ausfuhrartikel Altrumäniens waren Getreide und Erdöl, die 1915 mehr als zwei Fünftel des Gesamtwertes der Ausfuhr ausmachten. Für Großrumänien sind beide ebenfalls noch bedeutungsvoll, wenn auch der Anteil des Getreides gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen ist. Im Jahre 1930 ging etwa ein Drittel der Weizenausfuhr nach Italien, der Rest verteilte sich vor allem auf Belgien, Frankreich, Deutschland und Holland. Die Maisausfuhr blieb bis 1926 ebenfalls unter dem Vorkriegsdurchschnitt; 1926 wurden etwa zwei Drittel der Vorkriegsmenge erreicht. Je ein Viertel der Ausfuhr des Jahres 1930 wurde nach Deutschland und Italien verfrachtet. Stark gestiegen ist dagegen die Gerfenausfuhr. Sie betrug 1930 über 1,4 Millionen Tonnen und wurde fast zur Hälfte von Deutschland aufgenommen, das auch in den Vorjahren der wichtigste Käufer rumänischer Gerste war. Im Petroleum- und Petroleumprodukten konnte der Export bereits 1926 wesentlich über die Vorkriegsjahre ansteigt werden. Die Ausfuhrzahlen sind für 1927: 1,9, 1928: 2,3, 1929: 2,8 und 1930: 2,8, alles in Millionen Tonnen. 33 v. H. der Ausfuhr an Petroleum nahmen zu ungefähr gleichen Teilen Italien und England, mehr als 10 v. H. Ägypten und etwa 10 v. H. Frankreich auf. Weiter kommen Holz und Vieh als wichtige Ausfuhrgüter in Frage. Hauptabnehmer für Holz sind Ungarn, Griechenland, Ägypten, Italien und Polen, für Vieh vor allem Österreich. Den größten Teil an der Einfuhr haben Textilien aus Pfanzschloffen. Die wichtigsten Lieferanten sind Italien, die Tschechoslowakei, Österreich, England und Polen, die zusammen über drei Viertel des gesamten Importes decken. Der deutsche Anteil ist kleiner als der eines dieser Länder. Den zweiten Platz nimmt immer noch die Gruppe Eisen und Eisenwaren ein. Hier hat Deutschland die Führung, an zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei; dann folgen Österreich und Polen. Apparate, Maschinen und Instrumente kommen zum größten Teil aus Deutschland; größere Mengen liefern Österreich, die Vereinigten Staaten und die Tschechoslowakei. Bedeutend ist schließlich noch die Einfuhr von Wolllanen. Die wichtigsten Bezugsländer sind Deutschland, die Tschechoslowakei, Österreich, Frankreich und Polen.

Deutschland ist somit unbefreit heute das wichtigste Bezugs- und Abfuhrland der Länder Südosteuropas; sein Anteil ist sogar noch größer als der in den amtlichen Statistiken errechnete, da ein Teil der in den Ausweisen für andere Länder ausgewiesenen Mengen zweifellos für Deutschland anzurechnen sind. Eine Erfassung dieser Durchfuhrgüter ist aber mangels Unterlagen nicht möglich. In allen drei Ländern sind Textilierzeugnisse das wichtigste Einfuhrgut. Interessant ist es nun, daß Deutschland in diesen Artikeln in keinem Land an führender Stelle steht. Woher also die Abfuhr in die Länder falls kein das Ergebnis, daß zwar die Qualität der deutschen Erzeugnisse anerkannt wurde, daß aber sowohl die Preisgestaltung wie auch die Geschmacksrichtung dem heimischen Bedarf zu wenig Rechnung trügen.

Nun ist ja infolge der gewaltigen Wirtschaftskrise, unter der nicht nur die drei Königreiche, sondern die Agrarstaaten im Donauboden überhaupt zu leiden haben, die Kaufkraft der Bevölkerung nicht allzu groß. Frankreich hat bisher mit Anleihen und Subventionen zu helfen versucht, ohne die Situation damit bessern zu können. Denn wie ich bereits in meinem kürzlich erschienenen Buch über „Südosteuropas“ dargestellt habe, ist das Südostproblem kein reines Finanz- oder Kreditproblem, sondern ein Abfuhrproblem. Die Länder brauchen in erster Linie Abfuhr für ihre Agrarprodukte. Kredite würden vielleicht eine vorübergehende Linderung, nie aber eine dauernde Heilung bringen können, ja, die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich Kredite infolge der wahrscheinlichlichen Überproduktion ungenügend und für die Landwirtschaft sogar gefährlich auswirken. So kommt alles nur auf die Lösung der Abfuhrfrage an. Deutschland, das heute schon zu den besten Kunden der Länder zählt, könnte zum Nachteil dieser überfereulieferanten noch größere Mengen ausführen, da auch Deutschland selbst eine recht bedeutsame Landwirtschaft besitzt, deren wichtigste Güter besonders besonders günstig für die Abfuhr sind. Vielleicht dürfen nach gewissen Umstellungen in der deutschen Landwirtschaft diese Erträge weniger reichhaltig sein. Und was die Agrareinfuhr aus Übersee anlangt, so scheint hier ein gewisser Ausgleich möglich, der für die deutschen Überseebeziehungen tragbar wäre, für die Handelsbilanz der Länder Südosteuropas aber schon eine wesentliche Bedeutung haben und der Agrarfrage eine nicht zu unterschätzende Entlastung bringen würde. Wohl als einer der ersten Politiker Deutschlands hat der jetzige Finanzminister Dietrich in einer Sitzung des Anwalter- und Handelsrates und auch bei anderen Gelegenheiten auf einen besseren Ausgleich der Interessen auf dem Gebiete der Verorgung mit landwirtschaftlichen Produkten in der deutschen Handelsbilanz hingewiesen und einer stärkeren Berücksichtigung Südosteuropas das Wort geredet. Bei allen Fragen zur Lösung des Südostproblems wird also Deutschland eine sehr maßgebende Rolle zu spielen haben, und wenn es Frankreichs ehrlicher Wille ist, zu helfen, nicht aber napoleonische Kontinentalpolitik zu treiben, so wird es im Interesse des Südostrums Europas der Mitarbeit Deutschlands nicht entraten können. Die Lösung des Südostproblems ist kein politisches, kein rein finanzielles, sondern ein Abfuhrproblem. Gelting ist, ist der erste Baustein zur europäischen Gemeinschaftsarbeit gesetzt.

Der Bergbau in der Wirtschaftskrise

Von Heinrich Köstler, Direktor des Reichshohlenwerkes

Der deutsche Kohlenbergbau ist sehr hart von der Wirtschaftskrise betroffen worden. Besonders schwer wurde der Steinkohlenbergbau mitgenommen. Man muß die Produktionsstatistik viele Jahre zurück, bis über die Vorkriegszeit hinaus verfolgen, um einen gleichen Tiefstand der Erzeugung festzuhalten. Dies ist bei der Steinkohlenbergbau 1931 zu verzeichnen. Dem Braunkohlenbergbau ist es nicht so schlimm gegangen. Auch seine Produktion hat gegen die letzten Jahre einen Rückgang erlitten, aber sie fand immer noch annähernd auf der Höhe von 1927, besonders aber hoch über derjenigen von 1913. Im Steinkohlenbergbau hingegen wurde die Produktion des letzten vollen Vorkriegsjahres weit unterschritten. Fast katastrophal ist der Produktionsrückgang im größten deutschen Kohlengebiet, im Ruhrbezirk. Die nachstehende Tabelle unterrichtet zunächst über die Gesamtproduktion im jetzigen Staatsgebiet in Millionen Tonnen:

Jahr	Steinkohle	Koks	Braunkohle	Braunkohlenbriketts
1913	140,75	31,66	87,22	21,97
1929	163,44	39,42	174,45	42,13
1930	142,69	32,45	146,01	33,99
1931	118,62	22,70	133,21	32,43

Auch die Zahlen für 1915 beziehen sich auf den Bergbau im jetzigen Staatsgebiet und ohne das Saarrevier. Die Tabelle zeigt, daß die Steinkohlenförderung 1931 15,7 v. H. und die Koks-erzeugung 26,3 v. H. niedriger war als 1913. Dem Braunkohlenförderung hingegen war 53,7 v. H. und die Braunkohlenbriketts-

erzeugung 32,1 v. H. höher als 1913. Der Braunkohlenbergbau hat auf dem Binnenmarkt einen wahren Siegeszug gegen den Steinkohlenbergbau angetreten. Begünstigt wurde diese Entwicklung zum Nachteil der Steinkohle durch den Fall der Weltmarktpreise für Steinkohle und Braunkohle. Die Koks-erzeugung wurde gesteigert, und damit vergrößerte dieser Druck zu großen Erfahrungen von Steinkohle und Koks an die früheren Gegner, ohne Rücksicht auf die Produktion und den Eigenbedarf. Großer Brennstoffmangel war die Folge. In dieser Zeit hat sich der Braunkohlenbergbau sehr stark ausgedehnt und seine Produktion fand auf dem deutschen Innenmarkt als Ersatz für die fehlende Steinkohle fast ununterbrochenen Absatz. Das ist für den Braunkohlenbergbau zu einem dauernden Vorteil geworden.

Die höchste und sie dahin vorerreichte Produktion erzielte der deutsche Kohlenbergbau 1929. Ein harter Rückschlag machte sich schon 1930 geltend, der sich 1931 laminarartig fortgesetzt hat. Der Produktionsrückgang in 1931 gegen 1929 beträgt: Steinkohle 44,82 Millionen Tonnen = 27,4 v. H., Koks 16,72 Millionen Tonnen = 42,41 v. H., Braunkohle 41,49 Millionen Tonnen = 23,63 v. H. und Braunkohlenbriketts 9,7 Millionen Tonnen = 25,02 v. H. Auf fallend hoch ist die Koks-erzeugung gesunken, und die herabgerückte Produktion konnte leider noch nicht einmal voll abgefertigt werden. Im Jahreschlusse lagerten 6,5 Millionen Tonnen Koks in den Erzeugungsbetrieben. Allein im Ruhrgebiet, das im Durchschnitt 85 v. H. des deutschen Gesamtkoks erzeugt, belaufen sich im Jahreschlusse die Koksbestände auf 5,31 Millionen Tonnen. Daraus binn- und laudert auch noch 5,2 Millionen Tonnen Steinkohle und 1,54 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts unabgesetzt in den

Erzeugungszentren. Der Wert dieser Halbenbehalte kann ohne ja übertrieben auf 220 Millionen Mark geschätzt werden.

Die folgende Tabelle unterrichtet über die Steinkohlenförderung der einzelnen Bezirke in 1000 Tonnen:

Jahr	Ruhrrevier	Ober-schlesien	Nieder-schlesien	Nachen	Sachsen	Nieder-sachsen
1913	114 183	11 091	5 552	2 265	5 445	1 231
1929	123 603	21 296	6 091	6 040	4 167	1 542
1930	107 183	17 961	5 744	6 721	3 551	1 531
1931	85 627	16 792	4 545	7 094	3 140	1 436

Ein Vergleich zeigt, daß die Steinkohlenförderung der einzelnen Bezirke — ausgenommen nur Sachsen, dessen Bergbau keine lange Lebensdauer mehr hat — 1929 wesentlich über derjenigen von 1913 geblieben hat. Im Jahre 1930 unterteilt über schon der Ruhrbergbau die Förderung von 1913 um rund 7 Millionen Tonnen, während die anderen Bezirke — Sachsen aus hier ausgenommen — noch eine höhere Förderung hatten. Der förderfähig im Jahre 1931 gegen 1929 ist sehr groß. Nur das Kohlenbecken bei Nachen konnte als ein in der Entfaltung begriffenes Gebiet seine Kohlenförderung auch in dem Krisenjahre 1931 steigern. In den anderen Bezirken ging die Förderung gegen 1929 wie folgt zurück: Ruhrrevier 20,8 v. H., Oberschlesien 25,6 v. H., Niederschlesien 23,3 v. H., Sachsen 24,6 v. H. und Niedersachsen 6,7 v. H. Nur das Nacher Revier konnte 1931 gegen 1929 seine Förderung um 17,5 v. H. erhöhen.

Nachfolgende Tabelle unterrichtet über die Braunkohlenförderung der einzelnen Bezirke in 1000 Tonnen:

Jahr	Ostfriesland	Mittel-deutschland	Rheinland	Bayern
1913	25 846	38 635	20 256	1 896
1929	47 476	70 779	53 704	2 696
1930	39 740	56 693	47 364	2 268
1931	35 743	53 078	42 573	1 864

Abgesehen von Bayern fand die Förderung von 1931 noch über derjenigen von 1913. Gegen 1929 ist jedoch in allen Bezirken ein Produktionsrückgang festzustellen. Gegen 1929 weist die letzte Jahresförderung sehr starke Rückschläge auf, die in Ostfriesland 24,7 v. H., Mitteldeutschland 25 v. H. und im Rheinland 20,7 v. H. betragen. In ihrem Ursprung kommt die Rohbraunkohle nur wenig in den direkten Verbrauch. Sie wird in der Hauptsache in elektrische Energie oder Zersetztes umgewandelt. Als Brennstoff ist sie ein beständiges und handliches Braunkohlenzeugnis. Die Entwicklung des Brennstoffverbrauchs wird durch die folgende Tabelle in 1000 Tonnen aufgezeigt:

Jahr	Ostfriesland	Mittel-deutschland	Rheinland	Bayern
1913	7 135	8 069	5 825	75
1929	13 257	16 477	12 247	153
1930	10 739	12 488	10 709	99
1931	9 924	12 655	9 924	51

Die Brennstoffzeugung hat sich bis 1929 in einem ununterbrochenen Aufsteigen bewegt. Sie erhöhte sich von 1913 bis 1929 in Ostfriesland um 85 v. H., Mitteldeutschland um 104,6 v. H., Rheinland um 110,2 v. H. und in Bayern um 104 v. H. In 1930 und 1931 ging es denn auch mit der Braunkohlenbrennstoffzeugung abwärts. Die Brennstoffzeugung weist 1931 gegen 1929 folgende Abnahme auf: Ostfriesland 25,1 v. H., Mitteldeutschland 23,2 v. H., Rheinland 19,8 v. H. und Bayern 66,6 v. H. Trotz alledem: der Produktionsstand des Braunkohlenbergbaues läßt erkennen, daß er einen Teil der früheren Steinkohlenverbraucher des Inlandes als Abnehmer gewonnen hat. Der Braunkohlenbergbau hat in der Hauptsache nur binnenwirtschaftliche Bedeutung, denn so feiner gesamten Brennstoffproduktion, die sich 1931 auf 52,43 Millionen Tonnen belief, wurden knapp 1,5 Millionen Tonnen = 6 v. H. exportiert. Die Rohkohle ist ungeeignet zum Export infolge ihres hohen Wassergehaltes.

Zur deutschen Kohlenwirtschaft gehört als wichtiger Mittelpunkt der Handelsbilanz der Kohlaußenhandel. Auch er ist unter der Wirkung der internationalen Wirtschaftskrise und der Geldentwertung in verschiedenen Ländern rückgängig gewesen. Seine Entwicklung ist aus dieser Tabelle in 1000 Tonnen ersichtlich:

Jahr	Ausfuhr			Einfuhr		
	Steinkohle	Koks	Braunkohlenbehalten	Steinkohle	Koks	Braunkohle
1929	27 901	10 657	1 987	6 478	548	2 921
1930	25 519	7 982	1 706	5 840	601	2 283
1931	23 633	6 233	1 949	5 000	809	1 860

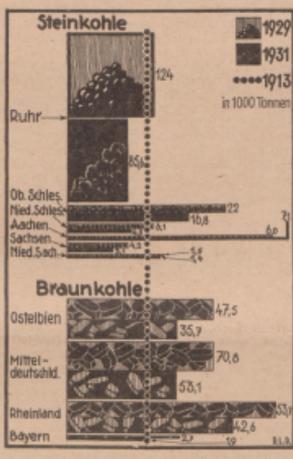
Die Ausfuhrziffern verstehen sich einschließlich Reparationskohlenlieferungen. Die Ausfuhr ist 1931 gegen 1929 zurückgegangen um 3,968 Millionen Tonnen Steinkohle = 14,18 v. H. und um 4,454 Millionen Tonnen Koks = 41,41 v. H. Die Braunkohlenbruttiausfuhr hat sich allerdings stabil gehalten. Der starke Rückgang der Koks-ausfuhr deutet auf die internationale Krise in der Eisen- und Stahlindustrie hin. Durch sie wird der Ruhrbergbau fast nur allein betroffen. Gegen die mit Deutschland auf dem internationalen Kohlenmarkt im Wettbewerb stehenden Länder, besonders nachdem sich England um Goldhandlung abgemacht hat, konnte sich der deutsche Bergbau nur mit großen finanziellen Opfern behaupten. Die Umlage des Ruhrkohlenyndikats, die zum Decken der Verluste im Ausland und in den betroffenen Gebieten des Inlandes erhoben wird, läßt dafür beachtenswerte Fingerzeige. Sie betrug im Juni vorangegangenen Jahres 2,99 RM für die Laune Absatz auf Verkaufsbeteiligung und 1,50 RM für den Absatz auf Verbrauchsabteilung. Bis Dezember war sie dann auf 3,94 RM bzw. 1,85 RM, angeklagen. Verkaufserträge nach dem Ausland waren vielfach auf der Basis des englischen Pfundes abgeschlossen, wodurch nach seiner Entwertung große Verluste entstanden sind, die vom Ruhrbergbau in Solidarität getragen wurden und in der Höhe der Umlage ebenfalls ihren Ausdruck finden. Die Rückzahlung, die die Laune für die in der Wirtschaftskrise durchaus als Käufer erwiesen. Die üblichen Folgen der Pfundentwertung finden in der deutschen Kohlenhandelsbilanz für 1931 leider noch nicht ihren vollen Ausdruck, weil sie erst Ende September einsetzte. Sie werden sich im laufenden Jahre weiterhin bemerkbar machen.

Die Brennstoffeinfuhr ist 1931 ebenfalls dem geringeren Verbrauch entsprechend zurückgegangen. Die Steinkohleneinfuhr sank gegen 1929 um 29,5 v. H. und die Braunkohleneinfuhr aus der Tschechoslowakei, die im Austausch gegen deutsche Steinkohle erfolgt, ging um 56,5 v. H. zurück. Die Koks-einfuhr hat sich gegen 1929 um 32,36 v. H. erhöht, obwohl die Bergwerke des Inlandes sich bemühen, den Koksbedarf zu decken. Wenn in solchen Situationen Eingriffe gegen den sonst freien Wettbewerb erfolgen, dann ist das, solange es noch nicht zu einer internationalen Kohlenpreisbindung gekommen ist, nicht verwunderlich.

Schlimm ist es mit dem Kohlenverbrauch in Deutschland bestellt. Im Monatsdurchschnitt von 1929 betrug der Gesamtverbrauch nach Umrechnung aller Brennstoffe nach dem Heizwert auf Steinkohle 14,01 Millionen Tonnen, um im Monatsdurchschnitt von 1930 auf 11,25 Millionen Tonnen und 1931 auf 10,1 Millionen Tonnen herabzusinken. Der Verbrauchsrückgang im letzten Jahre gegen 1929 beträgt 27,8 v. H. Der Verbrauch in den Wintermonaten November und Dezember 1931 betrug 9,98 bzw. 8,94 Millionen Tonnen, lag also noch unter dem monatsdurchschnittlichen Jahresverbrauch, was auf die immer noch zunehmende Schärfe der Wirtschaftskrise zurückzuführen sein dürfte. Die schon angedeutet, ist im Gesamtkohlenverbrauch die Braunkohle, nach dem Heizwert auf Steinkohle umgerechnet, enthalten. Der Steinkohlenverbrauch allein ist noch mehr zurückgegangen. Er betrug im Monatsdurchschnitt 1929: 10,75, 1930: 8,65 und 1931: 7,6 Millionen Tonnen. Das ist gegen 1929 ein Rückgang von rund 30 v. H.

Die dargestellte Entwicklung ist für die Bergarbeiter zu einer Wirtschaftskatastrophe geworden. Ihre Köhne wurden durch Stiebs-

Kohlenförderung in Deutschland



frische und Notverordnung herabgesetzt. So, um nur ein Beispiel anzuführen, im Ruhrbergbau ab 1. Januar 1931 um 6 v. H., ab 1. Oktober 1931 um 7 v. H., und durch die vierte Notverordnung ab 1. Januar 1932 um 10 v. H., so daß der Durchschnittslohn der Ruhrbergarbeiter in der Schicht auf 7 Mill. Bergvergonagen ist. Niemand darf nun aber auf die Idee verfallen, den Monatsbruttolohn zu wollen, indem er die Zahl der Arbeitstage mit 7 multipliziert. Das wäre ein Tragikuh, denn im Ruhrbergbau wurden im Laufe des

Die Auswirkung der Rationalisierung im Bergbau

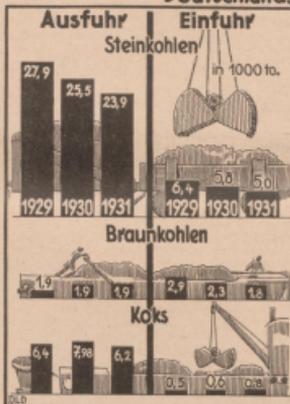


Januarbleigschaft entlassen. Im Braunkohlenbergbau ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter in derselben Zeit von 89 739 auf 69 614 oder um 22,4 v. H. zurück. Der Beschäftigungsgrad im Bergbau ist mehr als die Produktion gesunken. Gefeierte Arbeitsintensität, positive und negative Rationalisierung, mechanisierte Kohलगewinnung und -förderung haben den Leistungseffekt, auf den einzelnen Arbeiter berechnet, auf eine nur wenigen Jahren noch ungedachte Höhe emporheben lassen. Der Fördererfolg in den vier größten Steinkohlenrevieren betrug je Mann und Schicht in Mio:

	Ruhrgebiet	Maßen	Oberschlesien	Niederschlesien
Jahresdurchschnitt 1913	943	764	1 139	669
" 1925	946	709	1 154	660
" 1929	1 271	951	1 377	849
" 1930	1 352	983	1 434	866
Dezember 1931	1 562	1 081	1 611	938

Der Fördererfolg eines Arbeiters der bergmännischen Belegschaft wies am Jahreschluß 1931 gegen den Durchschnitt von 1913 folgende Zunahme auf: Ruhrgebiet 65,6 v. H., Maßen 24,9 v. H., Oberschlesien 42,4 v. H. und Niederschlesien 40,2 v. H. Mit dieser Entwicklung begründen die Bergarbeiter ihre Forderung nach Dazuförderung der Arbeitszeit. Ferner fordern sie für diese Zeit der schweren Not das Krümpersystem einzuführen. Im niederschlesischen Steinkohlenrevier ist es durch ein Abkommen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband teilweise eingeführt worden. Die damit gemachten Erfahrungen scheinen durchaus gut zu sein. Von der Belegschaft geht allmonatlich ein Siebentel in Dazufurlaub. Dafür konnten aber bis jetzt 1800 Bergarbeiter, die zum Teil schon gefähig waren, in Arbeit gelassen bzw. neu eingestellt werden. Auf weitere Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Wichtig scheint zu sein, daß die Menge der Not dadurch nicht geringer, aber, auf mehr Menschen verteilt, für den einzelnen erträglicher wird. Es ist ein Vorbehalt, der arbeitsgewohnte Menschen abwendend von der Straße fort in Arbeit bringt und daher wie eine Erlösung wirkt.

Der Kohlaussenhandel Deutschlands



Die Salzburger Emigranten / Von Werner Köhler

In der heutigen Zeit des Überangebotes an menschlicher Arbeitskraft kann man sich kaum noch vorstellen, daß es einmal Zeiten gegeben hat, in denen oberste Staatsweisheit gebot, möglichst viele Menschen aus fremden Gebieten zur "Peuplierung" (= Bevölkerung) des eigenen Landes heranzuziehen. Der Dreißigjährige, der Polnische, Schwedische und der Nordische Krieg hatten die preussischen Lande hellenweise katzenhähnlich zur Wüste gemacht. (Besonders die Polen und die von ihnen herbeigekommenen Cartieren hatten unmennechlich gemüdet; allein aus Ostpreußen waren 340000 Menschen in tartarische Schlaveri geföhrt worden.) Sommitte



Der erste Zug der Salzburger wird am 30. April 1738 am Berliner Tor in Berlin feierlich von der gesamten Berliner Bevölkerung empfangen / Zeitgenössische Darstellung, unbekannter Stedter

der Staatsleitung jeder Zustimmung von Menschen lieb sein. Konfessionelle Zwistigkeiten hatten Preußen schon einmal wertvolles, neues Menschenmaterial in den französischen Emigranten geschickt, die bei der Aufhebung des Edikts von Nantes in Schwärmen aus der alten Heimat ans wanderten. Später, vor jetzt 200 Jahren, fand Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, Anlaß zu weiteren Beschlüssen. Und wieder waren religiöse Kämpfe der Grund, daß Preußen neue Bürger gewann. In den vierstriedischen Alpenländern war zwar die Reformation mit großer Strenge, mit Geld- und Leibstrafen unüberdrück worden. Wiederholt

hatten Austreibungen der Evangelischen stattgefunden, wobei es sogar vorkam, daß man die Kinder der Vertriebenen gewaltsam zurückführte. Theodem war im Erzbistum Salzburg das evangelische Bekenntnis ohne bestellte Pfarrer und Lehrer lebendig zu erhalten; die einzelnen Häupter unterstützten die Hausgenossen in den Lehren des evangelischen Glaubens. Im Jahre 1750 meldeten sich nicht weniger als 20 678 Personen freiwillig bei einer erzbischöflichen Kommission zur Aufzeichnung als Evangelische. Selbst die Regimenter des Kaisers konnten die Überzeugung der Evangelischen nicht wandeln machen und so wurden sie gegen Ende des Jahres 1752 mit hinatragendem Saß und Fuß über die Grenzen des Erzbistums geschleift.

Friedrich Wilhelm I. benötigte gern die Gelegenheit, neue Bürger für seine Staaten zu gewinnen und sandte ihnen sogleich Kommissare, die ihnen anboten, sich in den Ländern der preussischen Krone anzusiedeln. Der sonst so sparsame König ging sogar soweit, ihnen Schenkungsgelder, und zwar vier Groschen für den Mann, drei Groschen für die Frau und zwei Groschen für das Kind pro Tag und Kopf zu zahlen. Am 2. Februar 1752 erließ er ein berühmtes, öffentliches Patent, das er bereit sei, die Vertriebenen aufzunehmen, 7000 wurden sofort übernommen und von den preussischen Kommissaren teils zu Wasser und teils zu Fuß in die neue Heimat geleitet. Die ersten 845 Salzburger trafen am 20. April 1752 in Berlin ein und wurden am Ballhofen Tor von der gesamten Berliner Geis-

lichkeit feierlich empfangen. Auch unterwegs erhielten sie viele Beweise von Menschenfreundlichkeit; nach einer zeitgenössischen Quelle haben die beiden ersten Transporte allein in der Stadt Leipzig 20 000 Taler an Geldbescheiden erhalten. Sie waren übrigens nicht unbemittelt; viel flüchtiger ist ja die Inedote aus Göttingen, „Dankommener Emigrationsgeschichte“; wie eines reichen Bürgers Sohn an einem mit den Salzburger ziehenden Mädchen Gesellen findet, sie als Dienstmagd für seine Eltern annimmt und dann um ihre Hand wirbt. Bei der Verlobung zieht sie als Maßschätz einen Beutel mit 200 Dukaten aus dem Mieder. Die kleine Geschichte hat Goethe zu dem epischen Gedicht „Hermann und Dorothea“ angeregt. Der Soldatenkönig, der es sehr gern sah, wenn neue Siedler aus braun Geld ins Land brachten, schrieb im Juni 1752 an einen seiner Minister über die Salzburger: „Gestern sind wieder 750 angekommen und werden in einigen Tagen noch mehrere erwartet. Dieses sind recht gute Leute und viele bemittelte darunter, so daß sie wenigstens an die 40 M. Rthl. (40 000 Reichstaler) baar Geld bey sich haben.“ 7000 Salzburger wurden nur erwartet; im ganzen kamen jedoch 20 694. „Die Manufakturien sind der Neumatz, die Alerleiorte nach Preußen“, so hatte Friedrich Wilhelm bestimmt. 15 308 Bürger gewannen das preussische Land und mit ihnen die Grundzüge neuen bürgerlichen Lebens. Sie sind alle nach Preußen geworden und ihre Nachkommen halten j. T. noch heute zusammen.



Als ich nun meines Weges die Straße hinaufuhr, Fiel mir ein Wagen vor Auge, von tüchtigen Bäumen gesigelt, Von zwei Ochsen gezogen, den größten und stärksten des Auslande. Nebender aber ging mit starken Schritten ein Mädchen, Mit langem Stabe die beiden gewaltigen Tiere, Trieb sie an und hielt sie zurück; die letzte Aehre, Als mich das Mädchen erblickte, so trat sie den Fiedeln gelassen. Naher und sagte zu mir: nicht immer war es mit uns so Jammersoll, als Ihr uns heut an diesen Wegen erblicket. Das war von Ewigen Nichten lächerlicher Aussage von „Hermann und Dorothea“

Politische Chronik

20. 12. bis 26. April

Känderwahlen:

Die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt und die Hamburger Bürgerchaftswahlen bringen den Nationalsozialisten große Gewinne; die bürgerliche Mitte und die gemäßigten Rechte werden stark vermindert; das Zentrum erfährt einen Stimmenzuwachs, während die Sozialdemokratie Verluste erleidet; auch die Kommunisten gehen zurück (24. 4.). — Der neue Landtag wird am 24. Mai einberufen, für diesen Zeitpunkt wird auch der Rücktritt der Regierena Braun angekündigt. — Zum Ausgang der Wahlen veröffentlicht der Vorstand der preussischen Zentrumspartei eine Erklärung, in der es heißt, daß die preussische Zentrumspartei bereit ist, „mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfolgung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind“.

Ausland:

Die vier Signatarmächte England, Frankreich, Italien und Japan erheben wegen der Nennungsliste beim Internationalen Gerichtsboj im Haag Klage gegen Sitanen (11. 4.). — Amerika fordert auf der Abrüstungskonferenz die Abschaffung aller Angriffs- waffen. — England, Deutschland, Italien und die meisten übrigen Staaten treten dieser Forderung bei (11. 4.). — Die Donaufrage wird vom Völkerbundrat auf Mail vertagt (12. 4.). — Auf einem Essen der Pilgrim-Gesellschaft hält der neue amerikanische Botschafter in London Mellon eine Rede, in der er sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen England und Amerika ausspricht (14. 4.).

Im Völkerbundrat bejehndet der Vertreter Griechenlands Desjous die bisherige Finanzpolitik für die Donau- und Balkanstaaten als völlig unangemessen (15. 4.). — Reichsfänger Dr. Brüning trifft in Genf ein (15. 4.). — In Innsbruck wird eine Donau-Lösung der Internationalen Handelsmission eröffnet, auf der auch Deutschland vertreten ist (16. 4.). — Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Rapallo-Vertrages gibt Reichsfänger Dr. Brüning dem russischen Außenminister Litwinow in Genf ein Grußbild (16. 4.). — Der Allgemeine Ausschuss der Abrüstungskonferenz nimmt einstimmig einen Entschluß an, demzufolge die Abrüstung in Etappen durchgeführt werden soll. Der deutschen Delegation war es vorher gelungen, in die Entschlußfassung des Saß einzufügen, daß schon die jetzige Konferenz ein erster entscheidender Schritt in der Abrüstung sein müßte (19. 4.). — Wegen der Schaffung des neuen

mandatschürigen Staates kommt es zu ersten Spannungen zwischen Rußland und Japan. — In Genf werden von dem Allgemeinen Ausschuss weitere Entschlüsseungen zur Abrüstungsfrage angenommen. — Senator Borah fordert im Bundesparlament erneut die Herabsetzung der Zölle, den die Lösung der Tributfrage und die Überprüfung des Verfallers Diktates (20. 4.). — Der Zinsfuß für die durch das Hoover-Moratorium geschuldeten Kriegsschuldenbride wird von Amerika auf 4 n. B. für zehn Jahre festgesetzt (21. 4.). — Frankreich wendet sich in Genf gegen die Abschaffung der Angriffswaffen und fordert ihre Internationalisierung (21. 4.). — In Genf sind die Verhandlungen des Reichsfänglers Dr. Brüning in Zu mit den ausländischen Staatsmännern über die Tribut-, Donau- und Abrüstungsfrage wird von der deutschen Delegation eine Erklärung ausgegeben (20. 4.). — Deutschland überreicht eine neue Memelote an die Signatarmächte, in der gegen die Zustände und gegen die Wahlbeeinflussung im Memelgebiet durch das Direktorium Protest erhoben wird (20. 4.). — Durch Verordnung werden in England neue Zölle eingeführt (21. 4.). — Rangig Zick wegen dankschuldiger Aufzügen in der polnischen Presse eine Note an Polen (22. 4.). — Durch Note fragt die englische Regierung bei der deutschen, französischen, italienischen, japanischen und belgischen Regierung an, ob diese Regierungen mit dem 16. Juni als Termin für den Beginn der Kaufmann Konferenz einverstanden sind (26. 4.).

Reich:

In Berlin wird von den freien Gewerkschaften ein außerordentlicher Klaffenkongreß abgehalten (13. 4.). — Durch Verordnung des Reichspräsidenten werden die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln verboten (15. 4.). — Der deutsche Auswärtigerüberseß beträgt im Monat März 152 Millionen Mark. — Die Reichsregierung kündigt ein großes Seefahrtswerk im Osten an (20. 4.). — Zum Nachfolger Scheimanns von Vossig im Vorsitz der Vereinigung Deutscher Arbeitsvereinsverbände wird Generaldirektor Kötting ernannt (21. 4.). — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt am 15. April rund 5 954 000, also am fast hunderttausend weniger als bei der letzten Zählung.

Känder:

In Sachsen wird der Volksentscheid über die Auflösung des sächsischen Landtags abgelehnt, in Oldenburg ist der Volksentscheid erfolgreich (17. 4.).

Zur Zeitgeschichte

Die Länderversammlungen / Das Ergebnis des 24. April

Von Ministerialrat Dr. Georg Kalsenberg

In Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt war zum Landtag zuletzt gleichzeitig mit der vorletzten Reichstagswahl am 20. Mai 1928 gewählt worden. Nach Ablauf der vierjährigen Wahlperiode fanden die öffentlichen Neuwahlen am 24. April statt. Hamburg hat eine dreijährige Wahlperiode. Seine Bürgerchaft war zuletzt am 27. September 1931 neu gewählt worden, hatte sich indessen schon am 13. März 1932 wieder aufgelöst. Die Neuwahl fand gleichfalls am 24. April statt. Die in diesen fünf Ländern zur Wahl aufgerufenen Stimmberechtigten umfassen vier Fünftel der gesamten deutschen Stimmberechtigten.

Daß die Neuwahlen eine starke Verschiebung der bisherigen Parlamentsvertretungen bringen würden, stand angesichts des außergewöhnlich starken, in der deutschen Parteigeschichte bisher nicht vorgekommenen sprunghaftem Anwachsendes der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wie sie sich 1931 bei den Wahlen in Hessen und Hamburg, neuerdings bei der Reichspräsidentenwahl handgegeben hatte, fest. Es bezielten auch diejenigen recht, die den bürgerlichen Mittelparteien, den zwischen Sozialdemokratie und deutschnationaler Volkspartei liegenden Parteien, ausgenommen die selbstgegründete Deutsche Zentrumspartei, keine günstige Prognose zu stellen glaubten.

Der neue preussische Landtag war infolge Erhöhung der Verteilungszahl von früher 40 000 auf jetzt 50 000 insgesamt 422 Abgeordnete, gegenüber bisher 450 zählen. Hieron sind 350 in den Wahlkreisen, 31 durch Verrechnung in den Wahlverbänden und 41 auf Landeswahlvorschläge gemäß. Bei der günstigen Wahlbeteiligung von etwa 82,5 v. H., hat sich die Erhöhung der Verteilungszahl nicht besonders ausgewirkt. Die neue und die alte Zusammenfassung des Landtags zeigt folgende Übersicht:

Parteien	Abgeordnetenzahl			
	Wahl am 24. April 1932 (Verteilungszahl 50 000, Wahlbeteiligung 82,5 %)		Wahl am 20. Mai 1928 (Verteilungszahl 40 000, Wahlbeteiligung 76,4 %)	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Nationalsozialisten	162	38,4	8	1,8
Sozialdemokraten	93	22,0	137	30,4
Zentrum	67	15,9	71	16,8
Kommunisten	67	15,5	56	12,4
Deutschnationale	31	7,3	82	18,2
Deutsche Volkspartei u. Volkspartei	7	1,7	40	8,9
Staatspartei	2	0,5	2	0,4
Christlich-Sozialer Volks- dienst	2	0,5	—	—
Deutscher-Hannoverscher	1	0,2	4	0,9
Wirtschaftspartei	—	—	21	4,7
Kandooß	—	—	8	1,8
	422	100,0	450	100,0

In Bayern verteilen sich 128 Abgeordnetensitze wie folgt: Bayerische Volkspartei 45, Nationalsozialisten 45, Sozialdemokraten 20, Bayerischer Bauernbund und Staatspartei 9, Kommunisten 8, Deutschnationale 5.

In Württemberg (Wahlbeteiligung 71,2 v. H.) entfallen von den 80 Landtagsitzen auf die Nationalsozialisten 25, das Zentrum 17, die Sozialdemokraten 14, den Bauern- und Weingärtnerbund 9, die Kommunisten 7, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei 4, auf den Christlichen Volksdienst und die Deutschnationalen je 3.

In Anhalt (Wahlbeteiligung 90 v. H.) erhielten von 26 Sitzen die Nationalsozialisten 15, Sozialdemokraten 12, Kommunisten 5, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei je 2, Staatspartei und Haus- und Grundbesitzer je 1 Mandat.

In Hamburg (Wahlbeteiligung 79,7 v. H.) verteilen sich die 160 Sitze der Bürgerchaft auf die Parteien wie folgt: Nationalsozialisten 51, Sozialdemokraten 40, Kommunisten 26, Staatspartei 18, Deutschnationale 7, Deutsche Volkspartei 5, Zentrum 2, Christlicher Volksdienst und Wirtschaftspartei je 1.

Vergleicht man das Ergebnis des 24. April mit dem der letzten Reichstagswahl, so ist zu sehen ein mächtiger Verlust der Sozialdemokratie, eine Stärkung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, eine Verdoppelung der Nationalsozialisten, eine empfindliche Schwächung der Deutschnationalen Volkspartei und eine fast

völlige Aufreihung der bürgerlichen Mittelparteien, schließlich eine Schwächung der kommunistischen Partei.

Bei der Reichstagswahl 1930 wurden in Preußen im Durchschnitt von je 100 Stimmberechtigten 81,62, bei der Landtagswahl am 24. April dagegen 81,74 gültige Stimmen abgegeben. Legt man den Stimmengängen von 1930 die Verhältniszahl der gültigen Stimmen vom 24. April, nämlich 81,74, zugrunde, so ergibt sich für die Parteien folgende Zu- oder Abnahme:

Parteien	Stimmengahlen		Zu- oder Abnahme gegenüber der Reichstagswahl Sept. 1930	
	Reichstagswahl 1930 im prop. Gebiet	Landtagswahl 24. April	überhaupt	v. H.
Nationalsozialisten	3 972 880	8 008 219	+ 4 035 639	+ 101,6
Deutschnationale	1 971 007	1 524 981	- 446 076	- 22,6
Zentrum	3 161 963	3 374 413	+ 212 450	+ 6,7
Sozialdemokraten	4 995 428	4 674 943	- 320 485	- 6,4
Kommunisten	3 145 174	2 819 602	- 325 672	- 10,4

Die Nationalsozialisten haben die Aufwärtsbewegung gegenüber dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl noch fortgesetzt und können eine Mehrzahl von 1 178 459 Stimmen oder 13,5 v. H. aufweisen. Sie sind in Preußen, Württemberg, Hamburg und Anhalt die stärkste, in Bayern die zweitstärkste Partei geworden. Die Kommunisten haben verglichen mit den in fünf Ländern beim ersten Präsidentenwahlgang für ihren Kandidaten Thälmann abgegebenen Stimmen eine Minderung von 547 796 Stimmen oder 14,1 v. H. zu verzeichnen.

Preussisches Zentrum und Bayerische Volkspartei haben absolut und relativ an Stimmen gewonnen. Die bürgerlichen Mittelparteien sind ebenfalls in Preußen in den Kreis der Splitterparteien gerückt. Die Deutsche Staatspartei hat in Preußen mit 552 441 Stimmen und 2 Sitze, die Deutsche Volkspartei mit 350 807 eigenen Stimmen und 44 119 Stimmen der mit ihr verbundenen Volkspartei 7 Sitze erhalten. Die Volkspartei konnte in den vier württembergischen Wahlkreisverbänden (Schleswig-Holstein-Hannover, Weiskalen, Hessen-Lausau-Rheinland-Süd, Rheinland-Lord) je 1 Verbandsitz, die Staatspartei nur im Verbande Brandenburg I 1 Verbandsitz erhalten. Während die Volkspartei auf ihrem Landeswahlvorschlag ihre Reststimmen voll verwerten konnte, blieben von den Stimmen der Staatspartei 252 241 unernwertet. Das gleiche Schicksal teilen Wirtschaftspartei und Deutsche Kandooß mit allen ihren Stimmen. Diese beiden Parteien hatten zusammen mit der Gruppe Graf von Welfar (Junge Rechte) einen gemeinschaftlichen Landeswahlvorschlag eingereicht, hatten aber in den Verbänden nicht Erfolge erlangt. Wären die zwischen Zentrum und Deutschnationalen liegenden Rechtsparteien und die Staatspartei zusammengegangen, so hätte die bürgerliche Mitte 15 Sitze mehr erhalten.

Ein Vergleich zwischen zweitem Präsidentenwahlgang und den Wahlen vom 24. April ist nur mit Vorbehalt anzustellen. In Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt hat Hindenburg am 10. April 15 495 616 Stimmen erhalten, während die „Hindenburg-Parteien“ am 24. April nur 12 744 578 Stimmen auf sich vereinigt haben. Die Minderung ist zum Teil auf die schwächere Wahlbeteiligung bei der württembergischen Landtagswahl, zum Teil darauf zurückzuführen, daß von den Deutschnationalen etwa ein Fünftel für Hindenburg gestimmt hat und auch kommunistische Stimmen Hindenburg zuzusprechen sind. Immerhin läßt sich fest, daß Hindenburgs Wählerchaft sich überwiegend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei zusammensetzt und nur zum kleineren Teil aus Angehörigen der sog. bürgerlichen Mitte.

Die nächsten Auswirkungen der Wahlen werden in den Versuchen zu neuen Regierungsbildungen bestehen. In Preußen muß die Regierung Braun demissionieren. Ob es gelingen wird, ein geschäftsführendes Kabinett durch eine Koalitionsregierung abzulösen, das ist die große innerpolitische Frage der nächsten Wochen. In Württemberg und in Hamburg ist wieder eine Rechtsmehrheit, noch eine Einkammerheit möglich. In Anhalt verfügt die Rechte bis zur Volkspartei über eine Mehrheit von vier Stimmen. In Bayern kann die Bayerische Volkspartei entweder mit den Nationalsozialisten oder mit den Sozialdemokraten eine Mehrheitsregierung bilden. Soweit sich bisher übersehen läßt, wird die Zahl der geschäftsführenden Landesregierungen, wie sie derzeit in Bayern, Hessen, Hamburg und Oldenburg bestehen, wohl eher vermehrt als vermindert werden.

Völkerbund und deutscher Donauplan

Als Unterlage für Beratungen im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat soeben dessen wirtschaftliche Abteilung eine Zusammenstellung der wichtigsten statistischen Angaben über den Außenhandel der Donaustaaten während der Jahre 1928 bis 1931 veröffentlicht, die im Hinblick auf die Beratungen über die Donauplan von größtem Interesse sind. Entsprechend dem bekannnten Sammelungsplan der französischen Regierung wird in der Völkerbundarbeit neben Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien auch die Tschechoslowakei zur Donauplanung herangezogen. Die deutsche Seite, wonach eine Besserung der Wirtschaftslage in den hilfsbedürftigen Donaustaaten nur zu erwarten ist, wenn man ihre ökonomischen Beziehungen zu den natürlichen Absatzgebieten der Mitte und des Westens Europas vertieft und ihnen dort Absatz zu auskömmlichen Preisen sichert, findet in der Denkschrift des Völkerbundsekretariats ihre besondere Stütze. Was der Denkschrift tritt die Linie der Entwicklung recht plastisch hervor, nach der für jeden Staat der Donauplanung der Export in die vier anderen Länder der Gruppe von 1928 bis 1931 wichtiger war als der Absatz nach irgendeinem anderen Staate. Daraus ergibt sich, daß der schon jetzt so lebhaften Güterausfuhr der Donaustaaten untereinander durch das im französischen Plan vorgezeichnete Mittel der gegenseitigen und nur auf den Donauplan beschränkten Zollbevorzugung nicht in einem Maße gefördert werden könnte, das eine durchgreifende Änderung der gegenwärtigen Lage die Folge wäre. Im Gegenteil! Es läßt sich aus dem Hand- und Fußfassen zusammenfassen, daß die Völkerbundsektionen feststellen, daß ein derartiges Präferenzsystem der Landwirtschaft Österreichs und der Tschechoslowakei erheblichen Schaden zufügen müßte und daß die mit ihm zweifellos verknüpfte Belebung der tschechoslowakischen und österreichischen Industrie nur auf Kosten der industriellen Einfuhr aus den übrigen Industrieländern zu erzielen wäre. Die Völkerbundstatistik stellt aus den Zahlenreihen ausdrücklich fest, daß nächst dem Donauplan selbst das Deutsche Reich für die Donaustaaten der erste Lieferant und Abnehmer ist. Deutschland und Italien nahmen in dem günstigen Wirtschaftsjahr 1928 20 bzw. 7 v. H. der Ausfuhr auf und waren an der Einfuhr mit 21 v. H. und 4 v. H. beteiligt. Jezt die Feststellung der Beziehungen zwischen den Donaustaaten und den großen mittel- und westeuropäischen Märkten ist so klar, daß es darüber hinaus für uns recht wertvoll, der Denkschrift des Völkerbundsekretariats die Tabelle entnehmen zu können, daß die Donaustaaten auf dem Wege der Selbsthilfe schon ein beträchtliches Stück vorwärtsgegangen sind. Der Absatz der Donauländer hat sich innerhalb ihrer Gruppe zwischen 1928 und 1931 um 35,5 v. H. auf 28,5 v. H. vermindert. Daraus ergibt sich also überzeugend, daß heute eine künftliche Anjähung des Warenverkehrs innerhalb der Donauplanung unwirksam bleiben muß und daß nur die Ermöglichung des Absatzes zu auskömmlicheren Preisen nach ihren natürlichen Absatzgebieten Deutschland und Italien der ökonomischen Wirtschaft und der Getreideproduktion der notleidenden südeuropäischen Agrarstaaten helfen kann, wie sie mit einer Umwendung des deutschen Vorschlages gegeben werden könnte. England und Frankreich kommen nach der Unterlegen der Denkschrift als für den Donauplan interessierte Mächte nicht in Betracht. Sie nahmen 1 1/2 v. H. (England) und 2—3 v. H. (Frankreich) dorthin. Für sie bedeutet also ein Verzicht auf die Marktbeherrschung gegenüber den im deutschen oder im französischen Vorschlag enthaltenen Präferenzen kein wirtschaftliches Opfer von irgendeiner Bedeutung. Wenn, wie sich weiter aus der Völkerbundstatistik ergeben läßt, der deutsche Export nach Jugoslawien, Rumänien und Ungarn 1931 sich ungefähr mit dem nach Österreich gedeckt und nur etwa 65 v. H. der deutschen Ausfuhr nach der Tschechoslowakei betragen hat, so ist diese Tatsache auf die geschundene Kaufkraft in den reinen Agrarexportstaaten des europäischen Südens zurückzuführen. Sie läßt erkennen, wie stark das Deutsche Reich an allgemeiner Behebung der Wirtschaftskrise im Südoften interessiert ist, wie unerträglich aber die im französischen Plan enthaltene Präferenzierung der tschechoslowakischen Industrie im Donauplan für die deutsche Wirtschaft sein müßte. Daß Bulgarien sich in gleicher Lage befindet wie Rumänien und Jugoslawien und ebenso hilfsbedürftig ist, aber auch geographisch die gleichen Ansprüche stellen kann wie die beiden anderen erwähnten Balkanstaaten, dafür bilden schließlich noch die in der Völkerbundarbeit enthaltenen Angaben einen durchschlagenden Beleg.

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Seit ihrem Wiedereintritt am 1. April hat die Abrüstungskonferenz mit der Durchberatung ihres vor der Öffentlichkeit aufgestellten Arbeitsprogramms begonnen. Dieses Arbeitsprogramm, das das hauptsächlichste Ergebnis der Beratungen vom Beginn der Kon-

ferenz am 2. Februar bis zum Beginn der Osterpause am 19. März darstellt, ist in drei Dokumenten festgelegt. Davon enthält das erste eine nach Materien gegliederte Zusammenstellung aller von den Delegationen der einzelnen Länder vorgelegten Vorschläge (Völkerbundsdokument Conf. D. 99), das zweite eine Festlebung und Aufreihung dieses ganzen Materials an Vorschlägen nach dem Dispositionsschema des Kontenolensentwurfs der Vorbereitenden Abrüstungskommission (Conf. D. 102), das dritte Dokument enthält das Arbeitsprogramm für die einzelnen Kommissionen der Konferenz in der Form einer Kiste von Fragen, die auf die einzelnen Kommissionen verteilt sind (Conf. D. 103). Wer den Arbeiten der Abrüstungskonferenz im einzelnen folgen will, muß diese drei Dokumente fortwährend zur Hand haben, da sich die Diskussion in der Generalkommission und in den Spezialkommissionen der Konferenz auf Grund dieser Dokumente vollzieht. Ein nützlichstes Hilfsmittel für diejenigen, die die Genfer Abrüstungsdebatte fortlaufend verfolgen wollen, stellt die von der „Deutschen Liga für Völkerbund“ seit Beginn der Konferenz wöchentlich herausgegebene Zeitschrift „Völkerbund, die Abrüstungskonferenz“, dar, von der bisher zwölf Nummern, die letzte am 22. April erschienen sind (Genf, 53, abo Rhône).

Die Konferenz trat nach dem Wiederbeginn ihrer Sitzungen in die Beratung des von der Generalkommission überwiegenen Verhandlungsstoffes ein. In der Kiste dieser Fragen (vgl. Völkerbundsdokument D. 105) stehen am Anfang die prinzipiellen Fragen der Abrüstung, und zwar unter Punkt 1 die Frage der Rüstungsbeschränkung als solcher. Die Fragestellung hierzu lautet, ob die Rüstungsverminderung durch ein einzelnes Abkommen oder stufenweise durch mehrere Abkommen und bis zu welchem Niveau erfolgen solle. Die zweite prinzipielle Frage bezieht sich auf die Kriterien der Rüstungsreduktion und die dritte auf die Frage der qualitativen Rüstungsverminderung, d. h. darauf, ob die Abrüstung durch das Verbot oder die Einschränkung bestimmter Waffenarten zu vollziehen ist. Punkt 4 der Tagesordnung bezieht sich in erster Linie auf die von der französischen Delegation der Konferenz vorgelegten Vorschläge, die die französische Sicherheitsbehörde (Anschauung von Artikel 16 der Verfassung) unter der Organisation einer internationalen Streitmacht, Internationalisierung der Zivilluftfahrt) enthalten. Punkt 5 der Tagesordnung ist für Deutschland wichtigste Punkt der ganzen Abrüstungsfrage, nämlich der, ob die Rüstungsbestimmungen der Friedensverträge Maßstab der allgemeinen Abrüstung sein sollen und ob die deutsche Abrüstung und die Abrüstung der andern fürberein auf gleichen Methoden beruhen soll. Es handelt sich hier also um die Fragen der deutschen Gleichberechtigung und um die Methodenungleichheit in der Abrüstung. Bisher hat die Generalkommission die drei ersten Punkte ihrer Tagesordnung vorläufig abgehandelt und die Frage der qualitativen Rüstungsverminderung zur technischen Weiterbehandlung an die Spezialkommissionen für Land-, See- und Luft-Rüstungsfragen weitergegeben, während die Diskussion der Punkte 4 und 5 bis nach Erledigung von Punkt 3 in den Spezialkommissionen verschoben worden ist. Welches ist nun das Ergebnis dieser zweitägigen Diskussion?

Sie begann mit einer Rede des Führers der amerikanischen Delegation, des Vorstehers Wilson, der eine Resolution vorlegte, die das Verbot von Tanks, schwere beweglicher Artillerie und der Verwendung von giftigen Gasen vorschlag. Der Resolutionsantrag wurde dabei vom Standpunkt der Sicherheit begründet: Das Gefühl der Unsicherheit kommt von der Furcht vor einer feindlichen Invasion. Die Unzufriedenheit gegenüber dem Verteidigungsstand der Angreifenden allein genügt, um die Verteidigungsstaaten, also kann Sicherheit am besten dadurch herbeigeführt werden, daß den Offensivstaaten und Seftungen die Überlegenheit gegenüber den Abwehrstaaten gegeben wird, was durch das Verbot gewisser entscheidender Angriffswaffen gegeben könnte. Die sie an diesem Antrag anschließende Debatte, bei der der deutsche Delegationsführer, Vorkaspar Adolny, den deutschen Standpunkt ausführlich darlegte, zeigte eine interessante Konstellation der auf der Konferenz vertretenen Mächte und Mächtegruppen. Dem von den Amerikanern formulierten Grundsatze der Totenbedeutung des Verbotes gewisser Angriffswaffen schloß sich von den Großmächten England, Italien, Deutschland und Rußland an, während Frankreich und seine Bundesgenossen sich dagegen wandten. Dabei betonte besonders der deutsche und der italienische Vertreter, daß es nicht genüge, Tanks und schwere bewegliche Artillerie und Gaswaffen zu beschränken, sondern daß man die gesamten Angriffswaffen zerstören müsse. Die italienische Delegation legte in diesem Zusammenhang ein ausführliches Programm für diese qualitative Rüstungsverminderung vor, das nicht nur die Befestigung der von den Amerikanern genannten Angriffswaffen, sondern auch der gesamten Bombenflugzeuge, der Unterseeboote und der Schiffe über 10 000 Tonne vorzieht und präzisiertere Vorschläge über die bei der Befestigung dieser Waffen zu befolgenden Methoden enthält. Der italienische Außenminister Grandi wies in einer eindringlichen Rede, ebenso wie das vor ihm der deutsche Vertreter Adolny schon

geant hatte, darauf hin, daß für die Frage, welche Waffen als eigentliche Angriffswaffen zu bezeichnen seien, in den Abbrüstungsbestimmungen des Versailles Vertrages die Antwort vorliegt. Der französische Ministerpräsident Cardin wandte sich in längerer in der Argumentation vielfach sehr schwacher Rede gegen die qualitative Abrüstungsverminderung und verwies auf die französischen Vorschläge, die eine „Internationalisierung“ der Angriffswaffen in der Form vorsehen, daß sie dem Völkerverbund „zur Verfügung gestellt“ werden sollen.

Das Prinzip der qualitativen Abrüstungsverminderung, d. h. des Verbots oder der Beschränkung bestimmter Waffenarten, wurde schließlich mit einer Resolution angenommen, um die es einen mehrheitlichen Kampf gab. Die Resolution wurde einstimmig von dem englischen Außenminister Sir John Simon und bekämpft von den Franzosen und ihren Freunden. Sie wurde schließlich einstimmig angenommen in einem Wortlaut, der äußerlich den Franzosen entgegenkam. Bei der Debatte zeigte sich eine weitgehende Jollierung des französischen Standpunktes. Vergleicht man das Ergebnis dieser Diskussion mit dem Inhalt des von Deutschland abgelehnten Konventionentwurfes der Vorbereitenden Abrüstungskommission, so zeigt sich ein deutlicher Fortschritt im Sinne der deutschen Abrüstungstheorie. Die Idee der qualitativen Abrüstungsbeschränkung, d. h. der Beseitigung gewisser Waffenarten, und zwar gerade derjenigen, die Deutschland im Versailles Vertrag verboten wurden, hat deutliche Fortschritte gemacht. Die Abrüstungsbestimmungen des Versailles Vertrages wurden nicht nur von dem Vertreter Deutschlands, sondern sehr energisch auch von dem Italiener und selbst von dem Engländer als Vorbild der Abrüstung angeprochen und der Gebanke der Gleichberechtigung, d. h. daß die Abrüstungsmethoden für alle Völker gleich sein müssen, wurde mehrfach unterstrichen.

Demgegenüber ist es von geringer Bedeutung, daß die Konferenz in Beantwortung der ersten prinzipiellen Frage des Diskussionsprogramms der Generalkommission das Prinzip der stappenebenen Abrüstungsverminderung aufgestellt hat. Man muß sich immer klar vor Augen halten, daß die Abrüstungsfrage, politisch gesehen, für Deutschland die Frage des Abrüstungsausgleichs ist, d. h. der Beseitigung der qualitativen und quantitativen Abrüstungsunterschiede zwischen uns und den anderen Staaten. Wir wollen die Beseitigung dieser Differenz durch die Herstellung der Abrüstung der anderen auch den gleichen Maßstäben und Methoden unserer eigenen Abrüstung. Daß dieser Abrüstungsausgleich nicht auf einmal vor sich gehen kann, selbst wenn wir völlige Abrüstungsfreiheit hätten, liegt schon aus finanziellen Gründen auf der Hand. Der Abrüstungsausgleich ist ein Prozeß von Jahren. Mit dem Prinzip des stappenebenen Abrüstungsausgleiches können wir uns deshalb abfinden. Die erste Etappe muß aber entscheidend sein und dieser Grundtat ist in Genf ebenfalls angenommen worden. Entscheidend ist aber die Herstellung der prinzipiellen Gleichheit in der Wehrfrage, d. h. der qualitativen Gleichberechtigung oder noch anders ausgedrückt: Es darf künftig Deutschland nichts verboten sein, was den anderen gestattet ist, und es darf den anderen nichts gestattet sein, was uns verboten ist. Für Deutschland muß dies in Genf abzuschließende allgemeine Abrüstungsabkommen an die Stelle der Abrüstungsbestimmungen des Versailles Vertrages treten. Wehrfreiheit und Wehrbeschränkungen müssen für alle Staaten gleich sein. Nur so ist die deutsche Gleichberechtigung gewahrt.

Wenn man das Ergebnis der Debatten der Abrüstungskonferenz zwischen dem 11. und 23. April kurz zusammenfaßt, läßt sich folgendes sagen: Der deutsche Standpunkt, daß die Abrüstungsmethoden des Versailles Vertrages zum Ausgangspunkt für die allgemeine Abrüstung gemacht werden müssen, hat an Boden gewonnen. Das Prinzip der Beseitigung der Angriffswaffen ist angenommen. Es hat sich eine deutliche Jollierung Frankreichs gezeigt. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung ist zwar vornehmlich deutlich erwähnt, aber noch nicht genügend diskutiert worden, ebensowenig wie die französische Sicherheitsfrage. Diesen beiden für den Ausgang der Konferenz entscheidenden Fragen ist man mit Mühsal und auf die in Frankreich beschwerlichen innerpolitischen Entscheidungen vorläufig aus dem Wege gegangen. Daran hatte auch Deutschland ein Interesse, denn eine Diskussion dieser Fragen vor den französischen Wahlen hätte nur zu einer Verjeifung der Gegenätze führen können. Aber die Entscheidung läßt sich natürlich nicht mehr lange hinauschieben. Sie wird im Mai oder im Juni fallen müssen. Damit wird dann allerdings auch die Frage, ob die Konferenz zu einem positiven Ergebnis führen kann, wesentlich mit entschieden werden. Zu Optimismus ist nach dem bisherigen Verlauf der Debatte kein Grund, ebensowenig wie zu Ungeduld. Es besteht für die deutsche Politik kein Anlaß, durch vorhastige Initiativen den Prozeß der sich ausbreitenden Erkenntnis, daß die Abrüstungsfrage nur auf dem Boden der Gleichberechtigung gelöst werden könne, zu fördern. Die Diskussion der französischen Vorschläge über internationale Armeen usw. dürfte aller Voraussicht nach wiederum eine weitgehende französische

Jollierung in Erscheinung treten lassen. Die Feste der französischen Politik nach den französischen Wahlen werden sich überlegen müssen, ob sie bereit sind, aus den sich bereits ziemlich deutlich abzeichnenden Abrüstungsfronten die nötigen strategischen Schlüsse zu ziehen, d. h. der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage ihre Zustimmung zu geben.

Der Lappoaufstand in Finnland

Der Darlegung des neuesten Zustandes seien einige Worte über den Webergang des finnischen Färdismus vorausgeschickt. Als bedeutender politisch-organisatorischer Machtfaktor konsolidierte sich die Kappobewegung vor etwa zwei Jahren. Sie forderte vorerst die Auflösung der Kommunistischen Partei Finnlands. Die herausfordernde Haltung der Kommunisten in den Kriegen der sehr konservativen Kappogemeinde und die Propaganda zugunsten eines Sowjet-Finnlands mußten die Führer der Kappogemeinde für ihre Zwecke ausnutzen. Die Lage der finnischen Republik an der Grenze des bolschewistischen Staates konnte als eine dauernde Gefahr für die Souveränität Finnlands ausgemalt werden. Obgleich von einer „Kommunistischen Gefahr“ im Jahre 1930 keine Rede sein konnte, war die Regierung, an deren Spitze damals der gegenwärtige Staatspräsident Soininwälo stand, untertänig vor sämtlichen bürgerlichen Parteien, der Forderung der Kappoführer nachgegeben und hatte im Juli 1930 ein Gesetz zum Schutze der Republik im Parlament durchgeführt. Auf Grund dieses Gesetzes wurde die kommunistische Partei aufgelöst. Somit war die offizielle Aufgabe der Kappobewegung als erledigt zu betrachten. Ihre Führer haben jedoch ihre Unternehmungsarbeit gegen die Verfassung nicht eingestellt. Vielmehr begannen sie eine erhöhte Aktivität zu entfalten und eine verantwortungslose Agitation gegen den Staat und die republikanischen Parteien zu treiben. Die durch die Wirtschaftskrisis entstandene Notlage gab hierfür einen günstigen Boden ab.

Bereits im Jahre 1930 wurden die verheerenden Auswirkungen der Krisis bemerkbar. Im Jahre 1931 haben sie eine akute Verschärfung erfahren. Finnland, dessen Ausgabe in sehr hohem Maße auf England angewiesen ist, mußte von dem Goldstandard seiner Währung Abstand nehmen. Eine für das kleine Land ungeheure Arbeitslosigkeit und ein erschütterndes Elend suchten das Volk heim. In Massen strömten die Landarbeiter in die Städte, in der Hoffnung, dort Arbeit und Unterbringung zu finden. Aber die Städte konnten ihnen nicht helfen. Es sei daran erinnert, daß es in Finnland keine ausgedehnte Sozialversicherung, wie man sie z. B. in Deutschland hat, gibt. Nur geringe Umsätze einer solchen sind dort vorhanden. Enttäuscht und erbittert wanderten die Arbeitslosen im Lande herum.

Unter diesen Verhältnissen hat die Kappopartei im Herbst 1931, unter maßgebender Mitwirkung ihres neuen Generalsekretärs, den früheren Generalsekretärs Waldenius, ein neues Programm angenommen, das u. a. die Forderungen der Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, der Unterdrückung der „marxistischen“ Propaganda und Aufhebung der Sozialversicherung, festschreibt. Aberdes Weiteren die „Sturmabteilungen“ der Kappobewegung einen Terror gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Führer. In den letzten Monaten wurden zum Angriffsobjekt der Kappopartei die Volkshüter der organisierten Arbeiterschaft, die als ausgezeichnete Arbeiterbildungsstätte in Finnland sich bewährt haben. Besonders bedrohlich wurde die Lage in der Dorfgemeinde Mäntälä. Bereits zweimal fanden dort die Arbeiter ihre Verbandshäuser mit Brettern vernagelt. Als kürzlich der Arbeiterverband eine Festversammlung veranstaltete, wurde das Volkshaus von 400 bewaffneten Kappoten überfallen und beschossen. Die Anwesenden haben sich kaum retten können, da die 30 Polizeibeamten nicht impfangen waren, sie vor der Übermacht zu schützen. Aus verschiedenen Bezirken des Landes konzentrierten die Kappoführer in Mäntälä mehrere Tausend bewaffnete Anhänger, proklamierten den „Kriegszustand“ und richteten an den Staatspräsidenten und die Regierung in der Form eines Ultimatums folgende Forderungen: Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitergewerkschaften, „Vernichtung“ des „Marxismus“, die Demission der Regierung und ihre Ersetzung durch ein „nationalgeprägtes“ Kabinett, unpopuläre Amtsenthebung des Innenministers von Norn und des Regierungspräsidenten des Gouvernements Åland, Ålander. (Weide bekannte Gegner der Kappobewegung.) Bei einer etwaigen Ablehnung dieser Forderungen schloß das Ultimatum mit der Drohung, es würde ein Marsch auf Helsinki folgen mit dem Ziel der Mächtigkeits- und der Durchführung des Kappoprogramms.

Es sollten also die demokratischen und politischen Freiheiten des Landes aufgehoben werden; die Sozialdemokratische Partei, die die größte Partei der Republik ist und einen dritten Teil der Wähler-

schloß im finnischen Reichstag vertritt, sollte eine Erbschaftsberechtigung haben. Diefen abenteuerlichen Anschlag auf die Grundzüge der Verfassung wies die Regierung entschieden zurück. Auf Grund des oben erwähnten Befehles zum Schutze der Republik, das feierlich unter dem Druck der Kappobewegung zur Bekämpfung der kommunistischen Propaganda erlassen worden war, erklärte die Regierung den Ausnahmezustand. In Rundfunksprachen setzten die Vertreter der Regierung und der Staatspräsident die Gefahr des Putschs für die Republik auseinander. In zahlreichen Veranlassungen behandelte die verfassungsmäßige Bevölkerung ihre Unterdrückung der Regierung. An dieser entlassenen Handlung der Staatsgewalt und der republikanischen Volksmassen ist das Unternehmen der Kappführer gescheitert. In voller Ratlosigkeit zerstreuten sich die isolierten Kapptruppen.

Auf Anordnung der Regierung sind die Kapporganisationen aufgelöst und ihre weitere Betätigung untersagt worden. Ihre Führer wurden in Haft genommen, das Zentralorgan der Kapppartei, „Njan Sama“ wurde verboten.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Der amerikanische Senat hat am 17. Februar den Gesetzentwurf des Senators Kefauver, der die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung forderte, mit 48 gegen 55 Stimmen abgelehnt. Dieser Beschluß ist für die Entwicklung des Arbeitslosenproblems in den Vereinigten Staaten von größter Bedeutung. Er charakterisiert deutlich die Situation in Amerika. Trotzdem die Arbeitslosigkeit auch dort zu immer schwerwiegrigeren Fragen wird, fröhlich die Amerikaner gegen jede Zwangsmaßnahme des Staates. Als die Erwerbslosigkeit in den Vereinigten Staaten durch den Zusammenbruch der „Prosperity“ in ständigem Ansteigen begriffen war, hatte der Senator Wagner 1930 einen Gesetzentwurf eingebracht, um eine Verbesserung der Statistiken über den Beschäftigungsstand zu erzielen. Welt bedeutend war die Vorlage, die Wagner gleichzeitig dem Kongreß unterbreitete, durch die die Neueinrichtung eines staatlichen Arbeitsnachweisystems bezweckt wurde. Dieses Gesetz über das „Federal Employment Service“ wurde vom Kongreß im März 1931 angenommen, vom Präsidenten Hoover aber mit der Begründung abgelehnt, daß der Entwurf das Kontrollrecht des Bundes nicht in genügendem Maße berücksichtige. Hier zeigte sich Hoover als der strenge Wächter der amerikanischen Tradition. Wenn der Senat den Gedanken einer staatlichen Arbeitslosenversicherung verworfen hat, schließt er sich damit der Auffassung des Präsidenten an, trotzdem kurz vorher am 28. Januar im Staat Wisconsin durch Gesetz ein wohl durchdachtes System der Arbeitslosenunterstützung beschlossen worden war.

„Es gebiete stets zu der individualistischen Überzeugung, die bisher das soziale Denken Amerikas beherrschte, zu behaupten, daß die Gemeinschaft als solche keine Verantwortung für den einzelnen Menschen trägt, wenn er arbeitslos ist oder keine Mittel zum Lebensunterhalt besitzt. Es wurde allgemein angenommen, daß es gewissermaßen seine eigene Schuld war, seine Arbeit zu finden, und daß er mit ausreichender Tat- und Willenskraft sicherlich eine Stellung finden könne. Infolgedessen befähigt die Vereinigten Staaten keinerlei System der öffentlichen Hilfe.“ Mit diesen Worten kennzeichnet H. B. Butler, der Stellvertreter Direktor des Internationalen Arbeitsamts, in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Probleme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten“ (Internationalen Arbeitsamt, Studien und Berichte, Reihe C, Nr. 17, Genf, 1931) die Stimmung, die im allgemeinen noch heute in Amerika herrscht. Aber es fällt hier zu den besten Kennern dieses Problems gehört und in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter des Genfer Arbeitsamts die Situation in allen Ländern der Welt überblickt, ist ihm weit mehr als die meisten anderen seiner Landsleute der Tatsache bewußt, daß die Krise mit dem individualistischen Prinzip nicht gelöst werden kann. Infolgedessen weist er darauf hin, „die Erkenntnis, daß keine Stabilisierungspläne imstande sind, technologische Freistellungen oder massenhafte Entlassungen in Zeiten der Depression zu verhüten“, habe „die öffentliche Meinung gezwungen, die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit näher zu prüfen“. Zwar bis vor kurzem, so erklärt er, sei der bloße Gedanke einer zwangsmäßigen staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten allgemein auf Widerpruch gestoßen. Der Arbeitgeber habe eine derartige soziale Maßnahme als eine Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit zur Führung seiner Geschäfte erklärt, aber auch in Arbeiterkreisen habe man Furcht vor dem Verlust der Freiheit durch eine Versicherung empfunden. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat deshalb noch 1930 die staatliche Arbeitslosenversicherung bekämpft. Der Beschluß des Senats entspricht also — das sieht man aus den Feststellungen Butlers — der Volksmeinung. Trotzdem gehört Butler zu den Vorkämpfern des

Gedankens der staatlichen Versicherung, die er für eine Lebensfrage erklärt, weil er glaubt, „daß die private Wohltätigkeit weder ein angemessenes noch ein befriedigendes Hilfsmittel bildet“.

Das Buch Butlers versucht, ausgerüstet mit einer Fülle von Material, die Frage der amerikanischen Arbeitslosigkeit von allen Seiten zu beleuchten. Er weist darauf hin, daß es auch in Amerika stets „normale“ Arbeitslosigkeit gegeben habe, die sich aber immer in mäßigen Grenzen hielt. Wenn jetzt die Arbeitslosigkeit so rapide gestiegen sei, müsse damit das erste Glaubwürdigste und größte Exportland der Welt in den Brennpunkt der allgemeinen Krise geraten. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Mc Gray äußerte kürzlich in einer Rede, er schätze die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 8,5 Millionen, zu denen noch 7,5 Millionen mit sogenannter Arbeitsfreudung kämen. Unterhäufig würden heute schon 12 Millionen Arbeiter!

Butler geht in seinem Buch, wie sich in einer Reihe der wichtigsten Industriezweige der Vereinigten Staaten nach dem Kriege die Produktivität vermehrt hat, wie dort das Leistungsergebnis des Fabrikarbeiters durchschnittlich um 34,5 v. H. wuchs, während die Zahl der beschäftigten Personen um 7,5 v. H. abnahm. Am auffälligsten ist der Fortschritt in der Landwirtschaft. Während man 1920 erst 240 000 Traktoren beschäftigt, waren es 1929 bereits 853 000. Kein an Schwere übertrifft. Das Maschinenzeitalter sieht also im Begriff, die Äcker und Konzentration aller Industrien umzugreifen und die Landwirtschaft zu beherrschen.“ So kommt Butler in seiner Untersuchung zu dem sehr beachtenswerten Schluß: „Die Mechanisierung und andere Formen der Rationalisierung haben in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren so rasche Fortschritte gemacht, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob sie nicht eine dem Konsum voraussetzende Produktion verursacht, durch Herabsetzung der industriellen Beschäftigung gleichzeitig den Markt für Industrieprodukte eingengt haben, und ob in der Tat die mechanische Vervollkommnung nicht an einem toten Punkt angekommen ist, an dem sie aufhört, wirtschaftlich zu sein.“

Die verschiedenen Maßnahmen, die man in den Vereinigten Staaten in letzter Zeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angewandt hat, schildert vor allem Theodor Plaut, Professor an der Hamburger Universität, in einer ausgezeichneten Studie, die soeben als erstes Heft der „Sozialpolitischen Schriften des Forschungsinstitutes für Sozialwissenschaften“ in Köln erschienen ist. Plaut, der als Gastprofessor im vorigen Jahre sich monatelang in Amerika aufhielt, hatte dort Gelegenheit, diese Frage eingehend aus eigener Anschauung zu studieren. Auch er ist der Meinung Butlers, die liberal-demokratische Einstellung des Amerikaners, daß das Individuum aus eigener Kraft die gesellschaftlichen Missetaten ordnen kann, erklärt, Hoover sei zwar ein Quäler, aber er gebäre nur noch dem Namen nach der religiösen Gesellschaft der Freunde, wenn er stets als sichtbarster Vertreter für die Verteidigung der privaten Initiative aufträte. Noch haben nach amerikanischer Auffassung, so betont Plaut, für die Erwerbslosen der Reihe nach einzutreten: die Arbeitsgenossen, die Industrie und die privaten Wohltätigkeitsanstalten. Bisher sind jedoch alle Versuche, auf diese Weise die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, gescheitert und haben zu einem Eingreifen der öffentlichen Hand geführt. So glaubt auch Plaut, daß alle bisherigen Wohlfahrtsmaßnahmen verschwinden werden und der Rechtsanspruch an ihre Stelle treten wird. Das sei nur auf Grund einer Versicherung, und zwar der Zwangsversicherung möglich.

Dr. Kurt Zielensiger.

Die Not der Stadt Steyr

Steyr: das war ehemals der Inbegriff einer blühenden Industrie. Seit dem frühen Mittelalter wurde hier das Rohelz des steirischen Erzberges kunstlos verarbeitet. Was hier in den Effen und Hammerwerken erklang — Sensen, Pflüge, Ärte, Messer, Waffen aller Art —, das hatte Detruß und gab der kleinen oberösterreichischen Stadt im Handelskreis des Südens eine überlegene Bedeutung. Während des Weltkrieges waren die Steyrer Werke die Waffenschmiede der österreichisch-ungarischen Armee, beschäftigten über 15 000 Arbeiter. Auch im ersten Jahrzehnt des Friedens konnten sie — nach glücklicher Umstellung auf Fahrrad- und Automobilfabrikation — kaum geschwächt, noch ihre Stellung behaupten.

Da plötzlich trat durch die Überschwemmung des Marktes mit billigen ausländischen Massenfabrikation und infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise ein katastrophaler Umschwung ein. Was im Laufe von vielen Jahrhunderten der gleich einer fast unerschöpflichen Bürgererdiß geschaffen, ward binnen weniger Monate vernichtet.

ÖLGEWÄLDE

namhafter Maler, konkurrenzlos billig
von Mk. 25,— an. 8 Tage zur Ansicht
Über 1000 zufriedene Kunden. Für Mitglieder
10% od. Zahlungserleichterung ohne Freispruchtag
bis 12 Monate. Beisichtigen Sie unverbindlich
unsere Ausstellung oder verlangen Sie photogra-
phische Abbildungen Nr. 110.

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Der Kunstkreis "G. m. b. H."
Verkaufsstelle d. Deutschen Maler-Gilde e. V.
Berlin C 25, Kurze Straße 17, hinter dem Lehrer-
vereinshaus. Geschäftszeit 9—7. Tel. Kupfergr. 4048

Polsterarbeiten

**Umarbeitungen, neuzeitliche
Formgestaltung, Dekoration**
werden von erstklassigem alten Fach-
mann zu billigsten Preisen ausgeführt.

Paul Ponsong sen.,
Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 30.

Dekorative Raumkunst

Wohn- und Geschäftsräume

Spez.: Treppenture, Fassaden

Gediegene Wertarbeit,

aber allerbilligste Preise!

Auch Zahlungserleichterung.

Malerei Werkstätten Woldt
Neukölln, Hermannstraße 16
Anruf: F 2, Neukölln, 2295.

Bei festl. Gelegenheiten
will man einen geb. Moso-
wein in Ehren genießen.
Wir liefern unsere be-
rühmt. Standardmarken
auf direktem Wege, da-
her größte Ersparnisse.
Probe u. Sort.-Verzeichn.
gez. d. Invertr. kostenlos.

**Weinkellereien
F. & W. Schmitgen
Herrnstraße 60 (Mosel)**

Heimatdienst!

Wer interessiert sich
für den Jahrgang
1926—31? Anfragen
an **M. Hansen,**
Altona (Elbe), Got-
torfstraße 45.

Werben Sie**Abonnenten**

für den

„Heimatdienst“

Sie sorgen dadurch

für staatsbürgerliche

Aufklärung.

Schreiben Sie Adressen

von Interessenten an

Zentralverlag G. m. b. H.,

Berlin W 35.

Neuaufgaben und Neuerscheinungen!
Unentbehrlich für jeden politisch Tätigen

Dr. Wilh. Ziegler, Einführung in die Politik.

Mit 66 Kartenbeilagen. 2. Aufl. 1929. 316 Seiten
geb. RM 0,—, geb. RM 7,50

Wer ehrlich in der Politik mitreden und mitwirken will, muss dieses
lebendige und anschauliche Buch gelesen und studiert haben.

**Dr. Fritz Wertheimer • Von deutschen
Parteien und Parteiführern im Ausland**

1927. 2. erweiterte Auflage 1931, geb. RM 10,90, geb. RM 0,—

Darstellung des Deutschtums in Politik und Parlamenten des Auslandes
sowie der politisch-parlamentarischen Lage der Parteien.

Dr. Hugo Grothe • Die Deutschen in Übersee

Eine Skizze ihres Werdens, ihrer Verbreitung und kulturellen Arbeit
1922, 223 Seiten, 19 mehrfarbige Karten, geb. RM 12,—, geb. RM 10,—
Wertvolle Fagerweise für eine nationale Arbeit in Auslandsdeutschtum

**Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Ziegler
Geschichte der Nationalversammlung 1919**

(Das Werk von Weimar) Erscheint demnächst. (Vorbestellpreis
RM 12,—)

Weltpolitische Bücherei

vermittelt Kenntnisse und Erkenntnisse der Weltpolitik
und der Weltwirtschaft. Anschaulich, wissenschaftlich,
aktuell, billig!

Bis jetzt 25 Bände zum Preise von RM 1,60 bis RM 3,—

Verlangen Sie Sonderprospekte der „Weltpolitischen Bücherei“
oder den Verlagskatalog kostenlos.

**Zentralverlag • G. m. b. H. • Berlin W 35
Potsdamer Straße 41**

Aktuell**wissenschaftlich****leicht verständlich****für jeden interessant****kurz****billig****ist die**

WELT- POLITISCHE BÜCHEREI

Neu erschienen:

Band 25: **W. Geisler, Australien u. Ozeanien** 3,— RM

Band 26: **Fr. Hesse, Persien, Entwicklung und**

Gegenwart 3,— RM

Im Monat Mai erscheint:

Doppelband 27/28: Schwendemann, Frankreich 5,60 RM

Illustrierter Sonderprospekt kostenlos

Zentral-Verlag G. m. b. H. • Berlin W 35